



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

12. Jahrgang · Heft 2

Februar 1960

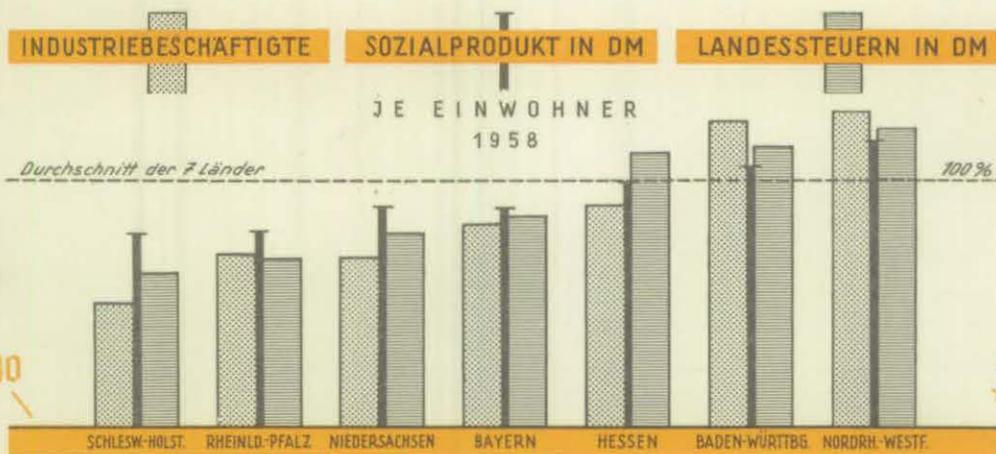
Aufsätze:

- Kommunalwahlen 1959
- Eisenbahn-Güterverkehr 1956
- Fremdenverkehrskapazität 1950 - 1959
- Verdienste der Landarbeiter 1959

Kurzberichte:

- Kriegsbeschädigte
- Schwerbeschädigte
- Unterhaltsbeihilfen

Graphik des Monats: Kreisentwicklung



Herausgegeben vom
STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

	Einheit	Monatsdurchschnitt		Veränderung in %
		August 1958 bis Dez. 1958	August 1959 bis Dez. 1959	
BESCHÄFTIGUNG				
Arbeitslose	1 000	37	24	- 36
INDUSTRIE				
Produktionsindex ¹	1950=100	236	250	+ 6
Beschäftigte ²	1 000	163	165	+ 1
Umsatz ^{2 3}	Mill.DM	518	535	+ 3
Geleistete Arbeiterstunden ^{2 4}	Mill.	24,9	24,8	- 0
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT				
Geleistete Arbeitsstunden ⁵	Mill.Std	10,8	p 10,1	- 6
Erteilte Baugenehmigungen ⁶	Anzahl	1 634	1 765	+ 8
HANDEL				
Ausfuhr	Mill.DM	77,1 ^a	p 82,6 ^a	+ 7
Einzelhandelsumsatz	1958=100	108	112	+ 5
VERKEHR				
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	3 000	3 308	+ 10
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)				
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	99	p 99	-
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100	131	p 133	+ 2
Erzeugerpreise				
industrieller Produkte	1950=100	125	124	- 1
landwirtschaftlicher Produkte ⁷	1950/51=100	129	138	+ 7
Lebenshaltungsindex ⁸				
insgesamt	1950=100	119	122	+ 3
Ernährung	1950=100	124	131	+ 6
GELD UND KREDIT				
Kurzfristige Kredite ⁹				
Bestand	Mill.DM	920 ^a	1 011 ^a	+ 10
Zunahme bzw. Abnahme	Mill.DM	+ 5 ^a	- 2 ^a	x
Mittel- und langfristige Kredite ¹⁰				
Bestand	Mill.DM	2 104 ^a	2 497 ^a	+ 19
Zunahme	Mill.DM	+ 34 ^a	+ 48 ^a	x
Spareinlagen ¹¹				
Bestand	Mill.DM	1 010 ^a	1 229 ^a	+ 22
Zunahme	Mill.DM	+ 11 ^a	+ 20 ^a	x
STEUERAUFKOMMEN				
Umsatzsteuer ¹²	Mill.DM	32	34	+ 7
Landessteuern ¹³	Mill.DM	53	60	+ 14

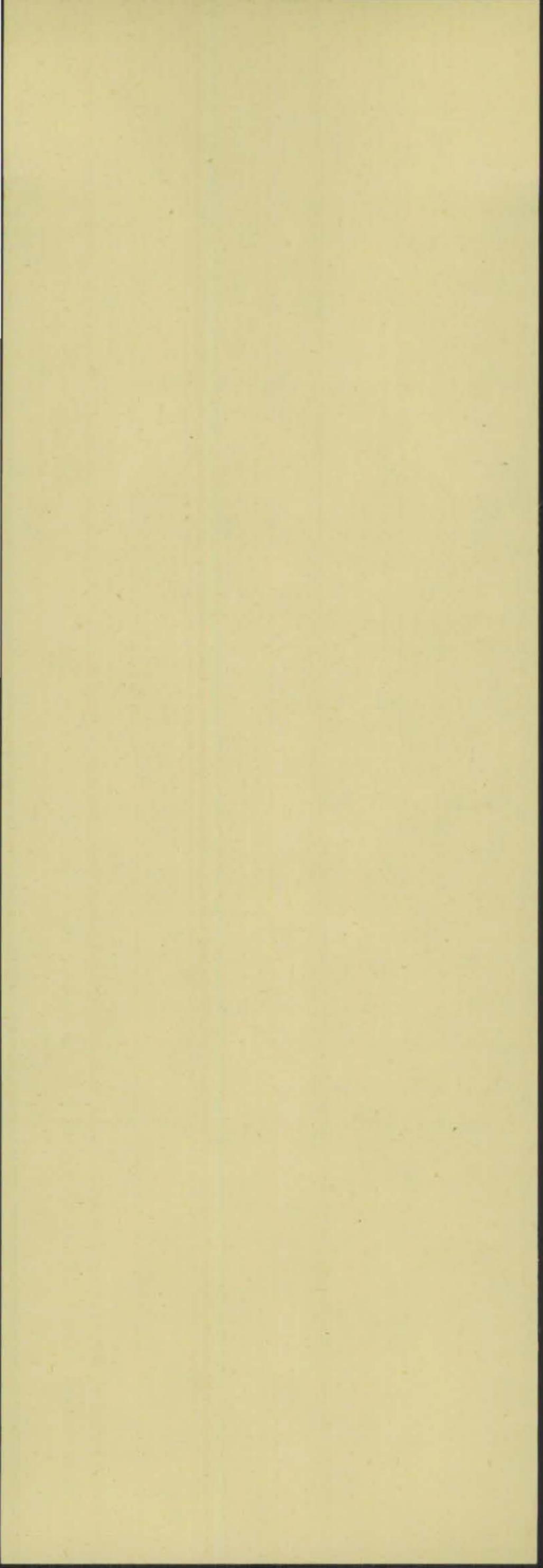
1) Gesamtindustrie mit Energieerzeugung (ohne Bau) 2) in Betrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten
3) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren
4) einschl. Lehrlingsstunden 5) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 6) Wohngebäude und Nichtwohngebäude (Neubau und Wiederaufbau) 7) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni 8) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltung; mittlere Verbrauchergruppe mit monatlich rund 300 DM Lebenshaltungsausgaben bzw. 360 DM Haushaltseinnahmen 9) an die Nichtbankenkundschaft 10) an die Nichtbankenkundschaft; einschl. durchlaufender Kredite 11) Einlagenbestand am Monatsende 12) einschl. Umsatzausgleichsteuer 13) einschl. Bundesanteil an den Einkommensteuern a) Monats-Ø aus 4 Monaten gebildet (August bis November)

Berichtigung zu obiger Tabelle in Heft 12/59, Zeile: Geleistete Arbeitsstunden, Spalte 3, streiche: - 0, setze: - 4

I N H A L T

2/60

Die Konjunktur in Schleswig-Holstein, 2. Umschlagseite	
Aktuelle Auslese	25
Aus dem Inhalt	26-27
Aufsätze	
Die Kommunalwahlen am 25. Oktober 1959 in Schleswig-Holstein	28-32
Der Güterverkehr in Schleswig-Holstein auf den Eisenbahnen im Jahre 1956	33-35
Entwicklung der Beherbergungskapazität für den Fremdenverkehr 1950-1959	35-43
Die Verdienste der Landarbeiter in Schleswig-Holstein	43-45
Kurzberichte	
Die Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen 1952-1959	45-47
Der Personenkreis des Schwerbeschädigtengesetzes 1954-1959	47-48
Die Unterhaltsbeihilfen für Angehörige von Kriegsgefangenen 1953-1959	48
Graphik des Monats	40-41
Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel	9*-14*
Kreiszahlen	15*
Schleswig-Holstein im Bund	16*
Wirtschaftskurven B - Industrie -	3. Umschlagseite





STATISTISCHE MONATSHEFTE

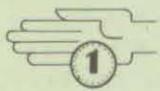
SCHLESWIG - HOLSTEIN

12. Jahrgang · Heft 2

Februar 1960

Aktuelle Auslese

WENIGER KLEINE EINKOMMEN



Die Zahl der kleinen Einkommensbezieher hat - der Einkommensteuerstatistik¹ zufolge - in den letzten Jahren erheblich abgenommen. 1954 hatten etwa 87 000 Personen in Schleswig-Holstein ein Jahreseinkommen von weniger als 5 000 DM; 1957 zählten nur noch rund 56 000 Einkommensbezieher zu dieser Gruppe. Alle höheren Einkommensgruppen waren 1957 wesentlich stärker besetzt als 1954. Die Einkommensschichtung in Schleswig-Holstein sah 1957 folgendermaßen aus:

Einkommensgruppe in DM	Steuerpflichtige		
	1957		Veränderung 1957 gegenüber 1954
	Anzahl	%	Anzahl
unter 5 000	55 641	42,6	- 31 854
5 000 b.u. 8 000	31 669	24,3	+ 5 128
8 000 " 12 000	19 835	15,2	+ 6 880
12 000 " 16 000	8 868	6,8	+ 3 980
16 000 " 25 000	7 853	6,0	+ 3 974
25 000 " 50 000	4 730	3,6	+ 2 392
50 000 " 100 000	1 336	1,0	+ 736
100 000 " 250 000	447	0,3	+ 290
250 000 und mehr	115	0,1	+ 89
Insgesamt	130 494	100	- 8 385

EINMALIGE FÜRSORGEUNTERSTÜTZUNGEN



Zur Behebung einer besonderen Notlage bewilligen die Fürsorgeverbände einmalige Unterstützungen. In der Zeit vom 1. Oktober 1958 bis 30. September 1959 wurden in der offenen wirtschaftlichen Fürsorge 67% aller einmaligen Unterstützungen zur Beschaffung von Winterfeuerung, 23% zur Ausstattung mit Kleidung, Wäsche und Schuhwerk und nur 10% für alle übrigen

1) vorläufige Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik 1957

gen Zwecke gewährt. Andererseits gingen von 100 Beihilfen 70 an Empfänger laufender Fürsorgeunterstützungen und 30 an Personen, die nicht laufend von der Fürsorge unterstützt werden. Die Zahl der im Erhebungszeitraum bewilligten einmaligen Unterstützungen kann etwa auf 60 000 geschätzt werden.

KÜRZERE ARBEITSZEIT IN DER INDUSTRIE



In Industrie und Baugewerbe arbeiteten die männlichen Arbeiter im November 1959 durchschnittlich 44,6 Stunden je Woche. Damit hat sich die geleistete Arbeitszeit gegenüber November 1958 um 0,9 Stunden verkürzt. Die Arbeiter verdienten 2,66 DM brutto je Stunde; das sind 18 Dpf mehr als 1958. Der durchschnittliche Bruttowochenverdienst der Männer war im November 1959 mit 125 DM um 6 DM höher als im November 1958. - Die kaufmännischen Angestellten in Industrie und Baugewerbe verdienten im November 1959 durchschnittlich 605 DM (Männer) und 372 DM (Frauen). Gegenüber November 1958 haben sich diese Gehälter um 40 DM und 20 DM erhöht. - Im Handel, Geld- und Versicherungswesen erhielten die männlichen kaufmännischen Angestellten im Durchschnitt 588 DM und die weiblichen 355 DM, das sind 38 DM bzw. 21 DM mehr als 1958.

REKORDVERKEHR AUF DEM NORD-OSTSEE-KANAL²



Im Jahre 1959 durchfuhren 73 400 Schiffe mit 36,1 Mill. NRT den Nord-Ostsee-Kanal. Sie beförderten 50 Mill. t Güter. Gegenüber 1958 wurden 8% mehr Schiffe gezählt. Auch der Schiffsraum (NRT) und die beförderte Gütermenge erhöhten sich um 8%. - Zwei Drittel aller Schiffe fuhren unter deutscher Flagge.

2) Quelle: Wasser- und Schifffahrtsdirektion Kiel

Aus dem Inhalt

Die Kommunalwahlen am 25. Oktober 1959
in Schleswig-Holstein

Seite 28

Am 25. Oktober 1959 fanden in Schleswig-Holstein Gemeinde- und Kreiswahlen statt. Von den 2,3 Mill. Einwohnern des Landes waren 1,6 Mill. wahlberechtigt. Die Wahlbeteiligung betrug 76,1% und war für eine Kommunalwahl beachtlich hoch. Sie schwankte zwischen 69,0% im Kreise Südtondern und 81,5% im Kreise Plön. Der Anteil der Briefwähler war mit 2,8% aller Wähler niedriger als erwartet. Die Zahl der ungültigen Stimmen betrug nur 2,9%. Wie bisher bei jeder Wahl waren die ungültigen Stimmen in den Landkreisen relativ häufiger als in den Stadtkreisen. - Absolut wie auch relativ haben gegenüber der Landtagswahl 1958 nur die FDP und der GB/BHE an Stimmen gewinnen können. Die FDP nimmt nunmehr den dritten Platz ein, den bis 1958 der GB/BHE behauptete. Trotz einer geringfügigen Abnahme an Wählerstimmen stieg der prozentuale Anteil des SSW an den gültigen Stimmen. Die meisten Stimmen bekam er in der Stadt Flensburg. Die stärkste Resonanz hatten - wie in allen Wahlen der letzten Jahre - die CDU und SPD. Sie erhielten 39,9% und 36,9% aller gültigen Stimmen. Der Abstand zwischen diesen beiden Parteien ist damit geringer als bei der Landtagswahl 1958. Die Resonanz der CDU wird mit größerer Gemeinde kleiner. - In den Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern hatten die Wähler ein Mehr-Stimmenrecht, von dem 22% der Wähler, die gültige Stimmzettel abgaben, keinen vollen Gebrauch machten. Dadurch gingen 14% der Stimmen verloren. - Die CDU gewann in 5 von 21 Stadt- und Landkreisen die absolute und in 8 Kreisen die relative Mehrheit der Sitze. In zwei Kreisen hat sie Sitzgleichheit mit der SPD bzw. dem SSW. Die SPD errang die absolute Mehrheit in zwei, die relative Mehrheit in vier Kreisen bei einer Sitzgleichheit mit der CDU. - Für die Gemeindeparlamente und Kreistage hatten sich 30 900 Kandidaten beworben; gewählt wurden 13 150 Bewerber. Auffällig hoch war die Zahl der parteilosen Vertreter in den Gemeinden bis unter 1 000 Einwohner, auf die fast die Hälfte aller Sitze entfiel. Das ergab sich daraus, daß 2 672 dieser Vertreter ohne Wahlhandlung als gewählt erklärt wurden. - In 99 von 1 393 kreisangehörigen Gemeinden waren Parteien bei der Gemeindevahl Listenverbindungen eingegangen. Am häufigsten war die Listenverbindung zwischen CDU-GB/BHE und zwischen CDU-FDP. - Der Anteil der Frauen an den gewählten Bewerbern betrug durchschnittlich nur 4%. - Rund 70% der gewählten Vertreter waren über 50 Jahre alt. Die jüngeren Jahrgänge waren bei der SPD und dem SSW relativ gut besetzt.

Der Güterverkehr in Schleswig-Holstein
auf den Eisenbahnen im Jahre 1956

Seite 33

Im Jahre 1956 wurden in Schleswig-Holstein insgesamt 9,9 Mill. t Güter auf den Eisenbahnen befördert. Die beförderte Menge war um 0,8 Mill. t (+ 8%) größer als 1955. Am gesamten Güterverkehr auf den Eisenbahnen in der Bundesrepublik hatte Schleswig-Holstein einen Anteil von etwa 3%. - Von den 1956 beförderten 9,9 Mill. t Gütern entfielen 14% auf den Verkehr innerhalb des Landes, 76% auf den Wechselverkehr mit den übrigen Bundesländern und 10% auf den Verkehr mit Gebieten außerhalb des Bundesgebietes. Im Wechselverkehr mit den Bundesländern wurden 7,4 Mill. t Güter befördert. Dabei war der Empfang Schleswig-Holsteins aus den Bundesländern dreimal so groß wie der Versand. Hauptliefer- und zugleich -empfangsländer waren Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hamburg. - Das Schwerkraft des Güterverkehrs lag sowohl im Versand als auch im Empfang auf Erzeugnissen der industriellen Produktion. Rund 86% der aus den übrigen Bundesländern empfangenen Gütermenge bestanden aus Industrieerzeugnissen. Hauptempfangsgüter aus dem Bundesgebiet waren Steinkohlen und Düngemittel. Der Güterversand Schleswig-Holsteins auf den Eisenbahnen nach Gebieten außerhalb der Landesgrenzen betrug 1956 2,2 Mill. t. Rund 85% der versandten Gütermenge entfielen auf den Versand nach dem übrigen Bundesgebiet. Zwei Drittel der nach dem Bundesgebiet versandten Gütermenge waren Industrieerzeugnisse. Hauptversandgüter waren Holz und Holzwaren, Eisen- und Stahlwaren sowie Mineralöle und Mineralölderivate. Von der innerhalb der Landesgrenzen transportierten Gütermenge in Höhe von 1,3 Mill. t entfielen etwa zwei Fünftel auf den Transport von Mineralölen und Mineralölderivaten. - Das Schwerkraft der Tiersendungen lag auf dem Versand von Schweinen und Rindern, die überwiegend nach Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen geschickt wurden.

Entwicklung der Beherbergungskapazität
für den Fremdenverkehr 1950-1959

Seite 35

Für den Fremdenverkehr in Schleswig-Holstein standen 1959 - grob gerechnet - 100 000 Betten zur Verfügung. 1950 waren knapp 50 000 Betten vorhanden, wovon aber nur etwa zwei Drittel für den Fremdenverkehr verfügbar waren. Der Rest wurde für andere Zwecke (Besatzungstruppen, Flüchtlinge usw.) gebraucht. - Der Anteil der Betten in Privatquartieren an der Gesamtzahl der verfügbaren Betten hat von Jahr

zu Jahr zugenommen. 1959 standen dem Fremdenverkehr mehr Betten in Privatquartieren (51%) als in gewerblichen Betrieben (49%) zur Verfügung. - In Schleswig-Holstein konzentriert sich die Geschäftstätigkeit des Fremdenverkehrsgewerbes auf den Urlaubs- und Erholungsreiseverkehr, der im Juli und August seinen Höhepunkt erreicht. In der übrigen Zeit des Jahres besteht nur geringe Aussicht dafür, daß die Bettenkapazitäten ausgenutzt werden. Der Geschäftsreiseverkehr, der in Nordrhein-Westfalen, Bayern und Hessen eine nennenswerte Höhe erreicht, hat in Schleswig-Holstein nur wenig Bedeutung. - 1959 entfielen fast vier Fünftel der Betten (gewerblich und privat) auf die Seebäder. Die Ostseebäder hielten etwa 40 000 und die Nordseebäder rund 38 000 Betten für die Fremden bereit. Die Luftkurorte und Erholungsorte konnten 1959 rund 8 600 Übernachtungsgäste und die Bade- und heilklimatischen Kurorte etwa 3 400 gleichzeitig unterbringen. In den Großstädten waren 2 500 Betten verfügbar. - Der überwiegende Teil des Bettenbestandes im gewerblichen Fremdenverkehrsbereich der Großstädte entfiel 1959 auf die Hotels und Gasthäuser. In den Nord- und Ostseebädern befand sich der Hauptteil der gewerblichen Beherbergungskapazitäten 1959 in Hospizen, Pensionen und Fremdenheimen. - In den Fremdenverkehrsgemeinden des Landes gab es 1959 50 Jugendherbergen mit rund 5 800 Betten und 153 Kinderheime mit fast 12 400 Betten.

Die Verdienste der Landarbeiter in Schleswig-Holstein

Seite 43

Die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten familienfremden Landarbeiter hat in den letzten Jahren abgenommen. Gleichzeitig hat sich innerhalb der Landarbeiterschaft eine Umschichtung vollzogen. Bei den etwas älteren Landarbeitern scheint das auf monatlicher Entlohnung und Familienanschluß beruhende Arbeitsverhältnis immer mehr an Bedeutung zu verlieren. - Im September 1959 erhielten die in mit-

telgroßen Betrieben beschäftigten männlichen Monatslöhner einen durchschnittlichen Brutto-Barlohn von 241 DM. In Großbetrieben erhielten sie im Schnitt 23 DM mehr. Den weiblichen Monatslöhnern im Alter von mindestens 18 Jahren wurde in Mittelbetrieben 139 DM und in Großbetrieben 153 DM bezahlt. Die Frauen verdienen damit erheblich weniger als die Männer. - Die in Großbetrieben beschäftigten Spezialarbeiter (Treckerfahrer, Schweinemeister usw.) erhielten durchschnittlich 43 DM im Monat mehr als ihre geringer qualifizierten Kollegen. Die Landarbeiter im Stundenlohn bekamen im Schnitt 1,66 DM und die Spezialarbeiter 1,84 DM je Arbeitsstunde bezahlt. - Die Frage, wer effektiv besser bezahlt wird, der Stundenlöhner, dessen Deputat in Geld bewertet wird, oder der Monatslöhner, der neben Bargeld Naturalleistungen bekommt, läßt sich nicht generell beantworten. Es hängt davon ab, welchen Wert man der Kost und Wohnung der Monatslöhner beimißt. - Vergleicht man die durchschnittlichen Effektivlöhne mit den entsprechenden Tariflöhnen so zeigt sich, daß die Landarbeiter erheblich über Tarif bezahlt werden. Im September 1959 erhielten z. B. die männlichen Monatslöhner im Durchschnitt knapp ein Drittel mehr Lohn als ihnen nach dem Tarif zustand. - Von September 1957 bis September 1959 sind die Löhne in der Landwirtschaft merklich angestiegen. Die Männer hatten im Schnitt stärkere Verdienststeigerungen zu verzeichnen als die Frauen. In den Großbetrieben wurden die Löhne stärker angehoben als in den Mittelbetrieben. Besonders gut war die Lohnaufbesserung bei den weniger qualifizierten Landarbeitern. - Von August 1957 bis August 1959 stiegen die Brutto-Stundenlöhne der männlichen Industriearbeiter um 15% und die der weiblichen um 19% an. In der gleichen Zeitspanne erhöhten sich die Brutto-Barlöhne der männlichen Monatslöhner um 13% und die der weiblichen um 7%. Die männlichen Stundenlöhner in der Landwirtschaft hatten die gleiche relative Lohnerhöhung zu verzeichnen wie die männlichen Industriearbeiter (+ 15%).

Alle Angaben für das Bundesgebiet gelten, wenn nicht anders vermerkt, ohne Saarland und Berlin (West).

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Erläuterungen zu den Tabellen:

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung der Zahlen; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde. Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit. Ø bedeutet Durchschnitt.

Zeichen an Zahlen bedeuten: p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl. Zeichen statt Zahlen bedeuten:

X = Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches nicht möglich oder sinnlos

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert grösser als Null, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt

... = Zahlenwert noch nicht bekannt.

Die Kommunalwahlen am 25. Oktober 1959 in Schleswig-Holstein

Bestimmungen des neuen Kommunalwahlgesetzes

Die Gemeinde- und Kreiswahlen im Jahre 1959 wurden in Schleswig-Holstein nach dem Gemeinde- und Kreiswahlgesetz vom 25. März 1959 durchgeführt, das in einigen wichtigen Bestimmungen von dem bisherigen Wahlgesetz abweicht.

In den Gemeindegrößenklassen mit mehr als 2 000 Einwohnern ist die Zahl der zu wählenden Vertreter in den Gemeinden erhöht worden. Diese Erhöhung geschah stets zu Gunsten der Listenvertreter. Damit wurde ein besserer Verhältnisausgleich sichergestellt sowie die Erringung von Überhangsmandaten erschwert.

Wie nach dem bisher geltenden Gesetz wurden in Gemeinden bis zu 70 Einwohnern keine Gemeindevertreter gewählt¹. Die bisherige Regelung, wonach in den Wahlbezirken, in denen ebenso viele unmittelbare Wahlvorschläge aufgestellt und zugelassen wurden als unmittelbare Vertreter zu wählen waren, keine Wahl stattfand (sogenannte "Friedenswahl"), ist nunmehr - in abgewandelter Form - auf Gemeinden bis zu 750 Einwohnern beschränkt².

In den Gemeinden bis einschl. 5 000 Einwohner hatte der Wahlberechtigte bei der Wahl der Gemeindevertretung drei Stimmen, in den Gemeinden bis einschl. 10 000 Einwohner zwei Stimmen, in allen übrigen Gemeinden und Städten sowie bei der Kreiswahl eine Stimme. Der Wahlberechtigte mit einem Mehr-Stimmenrecht durfte wohl Vertreter verschiedener politischer Parteien - oder auch der gleichen Partei - bis zur Höhe seines Mehr-Stimmenrechts wählen (panaschieren), jedoch ließ das Wahlgesetz nicht zu, einem Vertreter mehr als eine Stimme zu geben (kumulieren).

Entscheidend war die Änderung, daß am Verhältnisausgleich auf Grund von Listenwahlvorschlägen nunmehr nur die echten politischen Parteien teilnehmen durften, während Wählerzusammenschlüsse, wie Kommunalparteien (Rathausparteien) und Parteiengruppen, vom Listenprivileg ausgeschlossen wurden³. Das hatte zur Folge, daß es bis auf einen Fall bei den Kommunalwahlen 1959 derartige Wählerzusammenschlüsse nicht mehr gab. Die Parteien hatten jedoch die Möglichkeit, ihre Listen

1) siehe § 8 Abs. 2 KWG

2) § 48 Abs. 3 und 4 GKWG

3) Nach § 16 des bisherigen Wahlgesetzes nahmen am Verhältnisausgleich auch Parteiengruppen teil. Ferner gab § 25 Abs. 1 des Gesetzes die Möglichkeit, auf kommunaler Ebene politische Parteien (sogenannte Rathausparteien) unter erleichterten Bedingungen zu bilden. In dem nunmehr geltenden Kommunalwahlgesetz wird in den entsprechenden §§ 11 und 17 nur noch von "politischen Parteien" gesprochen, die im § 17 noch näher als "Parteien im Sinne des Art. 21 des Grundgesetzes" definiert werden.

miteinander zu verbinden, um so eine günstigere Berechnung der Gesamtsitze zu erzielen.

Weiterhin wurde das Kommunalwahlgesetz dahingehend geändert, daß erstmalig für Kommunalwahlen die Briefwahl zugelassen wurde.

Diese Änderungen haben zur Folge, daß nunmehr ein formeller Vergleich der Ergebnisse der Kommunalwahlen 1959 mit denen der vorhergegangenen Landtags- und Bundestagswahl möglich ist. Das war bei den Kommunalwahlen 1955 dadurch ausgeschlossen, daß in den Gemeinden und Kreisen noch insgesamt rund 900 Wählervereinigungen (Kommunalparteien und Parteiengruppen) bestanden. Allerdings ist bei Vergleichen der Kommunalwahl mit anderen Wahlen Vorsicht geboten, da sich der gleiche Wähler je nach Wahlebene für eine andere Partei entscheiden kann.

Die Stimmenergebnisse

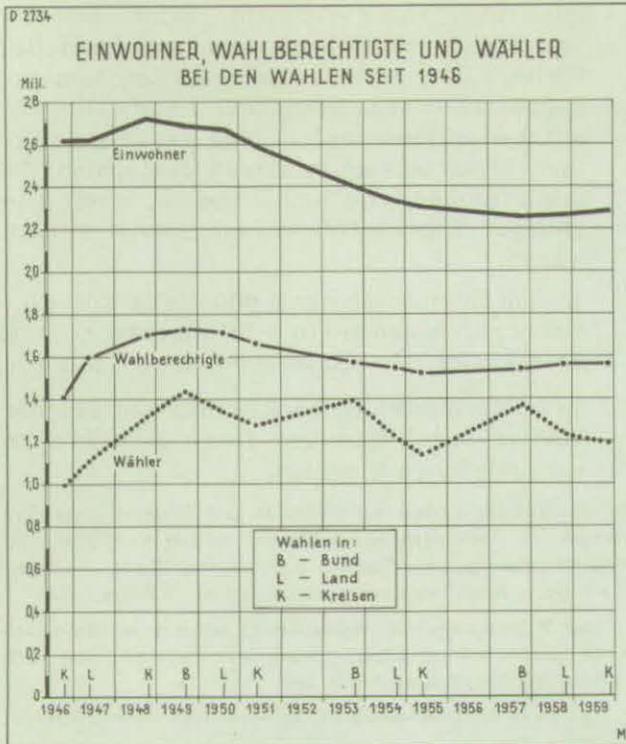
Im folgenden werden die Ergebnisse der Kreiswahl in den Landkreisen zusammen mit denen der Gemeindevahlen in den kreisfreien Städten dargestellt, da nur auf diese Weise ein vollständiges Landesergebnis erstellt werden kann.

Tab. 1 Wohnbevölkerung, Wahlberechtigte und Wähler seit 1957

Wahljahr	Wohnbevölkerung	Wahlberechtigte	Wähler	Wahlbeteiligung	Gültige Stimmen
	in 1 000				
Bundestagswahl 1957	2 255	1 541	1 367	88,7	1 312
Landtagswahl 1958	2 269	1 564	1 234	78,9	1 217
Kommunalwahl 1959	2 282	1 562	1 189	76,1	1 155

Die Wahlbeteiligung war für eine Kommunalwahl mit 76,1% hoch; trotz der häufigen Wahlen - seit dem Kriegsende ging der Wähler das 13. Mal zur Wahlurne - ist demnach das Interesse des Wählers am politischen Leben erfreulich wach. Es ist zu berücksichtigen, daß die Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen stets um einige Punkte niedriger liegt als bei Landtagswahlen und erheblich niedriger als bei Bundestagswahlen. Eine derartig hohe Kommunalwahlbeteiligung wie 1959 ist seit dem Kriege nur noch bei der Kommunalwahl 1948 (77,4%) erreicht worden. Sie bewegt sich zwischen 69,0% im Kreis Südtondern und 81,5% im Kreise Plön. Überdurchschnittlich hoch ist das Wahlinteresse in den Gemeinden bis unter 5 000 Einwohnern, insbesondere in den Gemeinden von 1 000 bis unter 2 000 Einwohnern (80,5%).

Der Anteil der Briefwähler ist mit 2,8% aller Wähler niedriger als erwartet, er hatte bei der Bundestagswahl 1957 4,8% erreicht. Er ist am



höchsten in der Stadt Flensburg (5%) und im Kreis Eiderstedt (4,6%), am niedrigsten in den Kreisen Stormarn (2,0%) und Pinneberg (2,2%).

Nach einer Feststellung des Statistischen und Wahlamtes der Stadt Kiel⁴ ist der Anteil der CDU- und FDP-Wähler an den Briefwahlen überdurchschnittlich hoch, der der SPD dagegen unterdurchschnittlich. Ähnliche Unterschiede waren auch bei der Bundestagswahl 1957 für das ganze Land Schleswig-Holstein festgestellt worden⁵.

Die Zahl der ungültigen Stimmen ist unbeachtlich. Ihr Anteil betrug 1951 noch 4,3%, sank 1955 auf 3,5% und erreichte 1959 nur 2,9%. Wie bei bisher jeder Wahl sind die ungültigen Stimmen in den Landkreisen relativ viel häufiger als in den Stadtkreisen. Ihr Anteil an den abgegebenen Stimmen beträgt 3,6% in den Landkreisen gegenüber 1,2% in den kreisfreien Städten. Das mag damit zusammenhängen, daß in den Landkreisen gleichzeitig zwei Wahlen mit zum Teil unterschiedlichem Stimmenrecht stattfanden, in den Stadtkreisen dagegen nur eine Wahl.

Absolut wie auch relativ haben gegenüber 1958 nur 2 Parteien, nämlich die FDP und der GB/BHE, an Stimmen gewinnen können. Die FDP nimmt nunmehr den 3. Platz ein, den bis 1958 der GB/BHE behauptete. In den Kreisen, wo die Wählereinbußen der CDU besonders hoch waren, waren die Stimmengewinne der FDP meist besonders auffällig.

4) Stat. Monatsberichte der Stadt Kiel, 1959, S. 272 (Oktober)

5) vergleiche: Statistik von Schleswig-Holstein, Heft 24: Die Bundestagswahlen am 15.9.1957 in Schleswig-Holstein

Tab. 2 Die Verteilung der gültigen Stimmen auf die Parteien¹

Parteien	Kommunalwahlen 1959		Landtagswahl 1958 in %	Zunahme Abnahme der Stimmen 1959 gegenüber 1958
	absolut	in %		
CDU	460 574	39,9	44,4	
SPD	425 821	36,9	35,9	
GB/BHE	93 480	8,1	6,9	9 218
FDP	102 347	8,9	5,4	37 207
SSW	33 460	2,9	2,8	
BdD	1 618	0,1	0,5	
DP	16 967	1,5	2,8	
DRP	10 187	0,9	1,1	
uSHB	8 434	0,7	-	
GSHR	328	0,0	-	
Parteilose	1 890	0,2	0,2	
Gültige Stimmen	1 155 106	100	100	61 909

1) Weitere Ergebnisse der Kommunalwahlen sind dem Statistischen Bericht B III 3 - 2/59 zu entnehmen. Dieser Bericht bringt Stimmen und Sitzergebnisse nach politischen Kreisen, Gemeindegrößenklassen, Landtagswahlkreisen, Bundestagswahlkreisen und nach einzelnen Gemeinden

Trotz einer - geringfügigen - Abnahme an Wählerstimmen stieg der prozentuale Anteil des SSW an den gültigen Stimmen. Die meisten Stimmen bekam er in der Stadt Flensburg. Der Anteil der Flensburger SSW-Stimmen an allen Stimmen, die für den SSW abgegeben wurden, stieg von 36,0% im Jahre 1949 auf 46,9%.

Die stärkste Resonanz haben wie in allen Wahlen der letzten Jahre die CDU und SPD. Der Abstand zwischen ihnen ist geringer als bei der Landtagswahl. Die SPD hatte gegenüber den Kommunalwahlen 1955 einen Stimmengewinn von 62 600 Stimmen; ihr Anteil an den gültigen Stimmen hatte damals 33,2% betragen. Der Gewinn der 1955 vielfach in Parteiengruppen und Wählervereinigungen verbundenen CDU, FDP, DP, uSHB und des GB/BHE zusammen beträgt dagegen 22 556 Stimmen. Der Anteil dieser Parteien insgesamt sank von 60,3% auf 59,0%.

Tab. 3 Die Wahlergebnisse nach Gemeindegrößenklassen

Gemeindegrößenklasse	Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf				
	CDU	SPD	GB/BHE	FDP	DP
b. u. 1 000 Einw.	51,5	25,3	7,4	8,8	2,5
1 000 " 2 000 "	43,2	30,8	11,2	9,7	2,0
2 000 " 5 000 "	37,3	34,9	10,6	10,5	1,4
5 000 " 10 000 "	36,9	39,0	11,0	9,7	1,5
10 000 " 25 000 "	36,2	41,8	9,5	9,7	0,3
25 000 " 50 000 "	34,5	38,9	9,2	9,4	1,8
50 000 und mehr Einwohner	36,6	43,2	4,8	7,3	1,1
Insgesamt	39,9	36,9	8,1	8,9	1,5

Die Resonanz der CDU wird mit größerer Gemeinde kleiner. Diese Feststellung konnte auch bei früheren Wahlen gemacht werden; sie trifft im Wahljahr 1959 mehr denn je zu. In den beiden unteren Gemeindegrößenklassen konnte die CDU ihre Anteile, die sie bei der Landtagswahl erringen konnte, etwa halten (52% und 43% gegenüber 53% und 46% im Jahre 1958), büßte aber

in den Gemeinden mit 2 000 und mehr Einwohnern zum Teil beträchtlich an Stimmen ein. Die Entwicklung der SPD ist etwa gegenläufig; einer geringfügigen Abnahme in den 3 untersten Größenklassen bis unter 5 000 Einwohner steht eine Zuwachsrate in den übrigen Größenklassen gegenüber. Sie ist mit 3 Punkten in den kreisfreien Städten am höchsten.

Teilergebnisse der Stimmenabgabe bei der Gemeindewahl

In den Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern war es dem Wähler möglich, aufgrund seines Mehr-Stimmenrechts seine Stimme verschiedenen Parteien zu geben. Aus 23 Wahlbezirken mit insgesamt 12 913 Wahlberechtigten wurden 9 330 gültige Stimmzettel untersucht. Dabei wurde folgendes festgestellt:

1. Die Wahlbeteiligung bei der Gemeindewahl ist - zumindest in den Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern - um etwa 2 Punkte geringer als die Wahlbeteiligung in denselben Gemeindegrößenklassen bei der Kreiswahl.
2. Nur 22% der Wähler, die gültige Stimmzettel abgaben, machten von ihrem Mehr-Stimmenrecht keinen vollen Gebrauch; dadurch gingen 14% an Stimmen verloren. Ein derartiger Stimmenverlust ist in den Gemeinden, in denen der Wähler 3 Stimmen abgeben konnte, besonders groß. Allein 21% dieser Wähler nutzten ihre Stimmen nur einmal aus. Da gleichzeitig der Kreistag mit nur 1 Stimme zu wählen war, ist zu vermuten, daß ein Teil dieser Wähler aus Unkenntnis

oder übergroßer Vorsicht, seinen Stimmzettel nicht ungültig zu machen, handelte. Weitere 5% der Wähler der gleichen Gemeindegrößenklasse brachten nur 2 statt 3 Kreuze auf dem Stimmzettel an. Der gesamte Stimmenverlust beträgt in diesen Gemeinden 16% der Stimmen, die sich ergeben, wenn alle gültigen Stimmzettel voll ausgenutzt worden wären.

In den Gemeinden von 5 000 bis 10 000 Einwohnern, in denen ein 2-Stimmenrecht galt, beläuft sich der Stimmenverlust auf nur 6%.

3. 17% der Wähler mit 3 Stimmen und 11% der Wähler mit 2 Stimmen gaben ihre Stimme verschiedenen Parteien.

In der Tabelle 4 sind die Wähler in drei Gruppen gegliedert worden. Zu den ersten beiden Gruppen zählen die Wähler, die ihre Stimmen nur einer Partei - oder nur Parteilosen - gaben. Es wird dabei unterschieden zwischen Wählern, die

ihre Mehrstimmen voll ausnutzten (3 Stimmen in Gemeinden bis unter 5 000 Einwohner, 2 Stimmen in Gemeinden von 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern) und

von ihrem Mehr-Stimmenrecht nur beschränkt Gebrauch machten.

In der dritten Gruppe sind die Mehr-Parteienwähler nachgewiesen; diese Gruppe enthält auch die Wähler der Gemeinden bis unter 5 000 Einwohner, die ihren Stimmzettel anstatt dreimal nur zweimal ankreuzten und sich dabei für zwei Parteien oder eine Partei und einen Parteilosen, entschieden haben. Diese Fälle sind relativ selten. Um Doppelzählungen zu vermeiden, wurden sie in der Gruppe 1b nicht nachgewiesen.

Der Anteil der Stimmen der Gruppe 1a an allen Stimmen mußte größer sein als der entsprechende Wähleranteil dieser Gruppe, da ja diese Wähler, gemessen an den Stimmen, ein größeres Gewicht haben. Umgekehrt verhält es sich bei der Wählergruppe 1b, hier halbiert sich das Stimmengewicht.

Tab. 4 Gemeindewahlergebnis ausgewählter Wahlbezirke in Gemeinden mit unter 10 000 Einwohnern

Wählergruppen	Anteil der Wähler Stimmen je Wählergruppe		Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf							
	Wähler	Stimmen	CDU	SPD	GB/BHE	FDP	uSHB	DP	SSW	Parteilose
1. Ein-Parteienwähler, die ihre Stimme										
a) voll ausnutzten	63	71	44	28	9	9	6	1	1	2
b) nicht voll ausnutzten	22	10	42	30	8	8	8	1	1	2
2. Wähler verschiedener Parteien	16	18	37	16	13	15	10	2	1	7
3. zusammen	100	100	42	26	9	10	7	1	1	3

Die Anteile der Summenzeile der Tabelle 4 geben das - repräsentative - Stimmenergebnis der Gemeindewahlen in den Gemeinden bis unter 10 000 Einwohner wieder.

Die stärkste Gruppe wird von den Wählern gebildet, die ihr Stimmenrecht voll und nur für eine Partei ausnutzten. - Gemessen an dem Anteil der gültigen SPD-Stimmen aller Wählergruppen (26%) ist der Stimmenanteil der SPD-Wähler, die ihre Stimmen voll ausnutzten, relativ hoch. Ebenfalls überdurchschnittlich hoch ist der Stimmenanteil der SPD an den Wählern mit nicht voll ausgenutzten Stimmen. Dagegen wurde weit weniger als es dem durchschnittli-

chen Stimmenanteil der SPD entspricht, neben der SPD auf einem Stimmzettel auch noch eine andere Partei gewählt. Die CDU wurde weit mehr als doppelt so häufig mit anderen Parteien zusammen gewählt wie die SPD, obwohl auch bei ihr der Anteil des panaschierenden Wählers unterdurchschnittlich ist. Der Anteil der panaschierenden FDP-Wähler ist etwa ebenso groß wie bei der SPD. Auffällig hoch liegen in dieser Gruppe neben der FDP auch die Anteile der Parteilosen, des uSHB und des GB/BHE.

Von den Wählern mit Mehr-Stimmenrecht haben 16% von der Möglichkeit zu panaschieren Gebrauch gemacht. In Württemberg-Baden und in

Bayern ist dieser Anteil - allerdings hier einschließlich der kumulierenden Wähler - zum Teil erheblich höher gewesen. Es ist aber zu berücksichtigen, daß in Schleswig-Holstein die Abgabe von Mehrstimmen und damit die Möglichkeit zu panaschieren nicht so allgemein bekannt ist; im Gegensatz zu den beiden anderen Ländern blieb sie nur auf die Gemeindewahlen und auf die Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern beschränkt. Tabelle 5 gibt die in den Stimmzetteln vorkommenden Parteikombinationen wieder. Es sind dabei auch die Kombinationen zwischen drei Parteien eingearbeitet worden, und zwar durch Aufteilung in drei Zweierkombinationen.

Tab. 5 Häufigkeit der Parteikombinationen

Andere Partei	Unter 100 Wählerstimmen ¹ für die/den							
	CDU	SPD	GB/BHE	FDP	uSHB	DP	SSW	Parteilose
	gibt es							
	13	11	26	25	19	30	17	39
	Kombinationen mit einer anderen Partei, und zwar mit der/dem							
CDU		6	12	15	9	22	7	17
SPD	4		8	5	1	4	1	x
GB/BHE	3	3		4	1	3	3	x
FDP	4	2	5		0	x	2	x
uSHB	1	0	1	0		x	x	19
DP	1	0	0	x	x		x	x
SSW	0	0	0	0	x	x		2
Parteilose	1	x	x	x	7	x	5	

1) Differenzen in der Addition der Anteile ergeben sich durch Aufrundungen

Relativ am häufigsten haben Wähler der Parteilosen und der DP auch Kandidaten anderer Parteien auf dem Stimmzettel angekreuzt; ihnen folgen die GB/BHE- und die FDP-Wähler, die zu je einem Viertel auch noch andere Parteien wählten. Relativ am wenigsten panaschierten Wähler der SPD.

Bezieht man die Häufigkeit der einzelnen Kombinationen auf die Zahl aller Kombinationsfälle, heben sich deutlich drei Gruppen von Parteikombinationen ab. Jeweils in der Reihenfolge der Häufigkeit ihrer Nennungen liegen folgende Kombinationen:

Gruppe 1: CDU-SPD, CDU-FDP und - mit Abstand - CDU-GB/BHE

Weniger häufig waren die Kombinationen der 2. Gruppe:

SPD-GB/BHE, CDU-uSHB, uSHB-Parteilose, SPD-FDP, CDU-Parteilose, FDP-GB/BHE, CDU-DP.

Alle übrigen Kombinationen, der dritten Gruppe angehörend, wurden nur vereinzelt festgestellt, so z. B.: CDU-SSW, GB/BHE-uSHB, SPD-SSW u. a. Diese Parteiverbindungen sind, auf die Gesamtstimmen der jeweils kombinierten Parteien bezogen, so selten, daß ihr Anteil meist unter 0,5% liegt. Für die mit einem X bezeichneten Parteienkombinationen konnte sich der Wähler nicht entscheiden, weil in keinem der

untersuchten Wahlbezirke diese Parteien nebeneinander kandidierten. Abgesehen von diesen kam jede nur denkbare und mögliche Parteiverbindung vor.

Von den panaschierenden Wählern mit drei Stimmen haben 15% ihre Stimme drei verschiedenen Parteien gegeben. Am häufigsten war die Kombination CDU-SPD-GB/BHE und CDU-FDP-GB/BHE.

Die Stimmzettel, auf denen der Wähler mit Drei-Stimmenrecht verschiedene Parteien wählte und seine Stimme voll ausnutzte, wurden daraufhin ausgezählt, in welcher Reihenfolge den drei Kandidaten der gewählten Parteien der Vorzug gegeben wurde:

Mit 42% aller Stimmen wurde der jeweils erste der drei Kandidaten angekreuzt, es folgt mit 30% der zweite und mit 28% der dritte Kandidat.

Es zeigt sich also, daß die Wähler durchaus von der Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, eine persönliche Entscheidung zu treffen. Es haben sich insgesamt mehr Wähler für den zweiten und dritten Kandidaten entschieden als für den Kandidaten, der die Liste anführt.

Die Sitzverteilung in den kreisfreien Städten und den Kreistagen

Die CDU gewann in 5 von 21 Stadt- und Landkreisen die absolute und in 8 Kreisen die relative Mehrheit der Sitze. In 2 Kreisen hatte sie Sitzgleichheit, und zwar mit der SPD und dem SSW. Die SPD dagegen errang die absolute Mehrheit in 2, die relative Mehrheit in 4 Kreisen bei einer Sitzgleichheit mit der CDU. Gegenüber dem Sitzergebnis von 1955 ergibt sich für die SPD eine Verbesserung; sie erreichte damals lediglich in einem Kreis die relative Mehrheit.

In acht Kreisen, davon in drei Stadtkreisen, sind die Parteien Listenverbindungen eingegangen. 3 derartige Verbindungen bestanden zwischen der CDU und FDP, 2 zwischen der FDP und dem GB/BHE und je eine zwischen DP-uSHB, CDU-FDP-DP, CDU-GB/BHE. Die von den Parteien erreichten Sitze gehen aus der Tabelle 6 hervor.

Die Sitzverteilung in den Gemeinden

Für die Gemeindeparlamente und Kreistage haben sich insgesamt rund 30 900 Kandidaten beworben; in den kreisangehörigen Gemeinden kandidierten 27 700, in den kreisfreien Städten 710 und in den Kreisen 2 480 Bewerber. 13 150 dieser Bewerber wurden gewählt, darunter 12 265 in den kreisangehörigen Gemeinden. Auffällig hoch ist die Zahl der parteilosen Vertreter in den Gemeinden bis unter 1 000 Einwohner, auf

die fast die Hälfte aller Sitze entfiel. Das ergibt sich daraus, daß 2 672 dieser Vertreter ohne Wahlhandlung als gewählt erklärt wurden. In diesen Gemeinden war nur ein Wahlvorschlag oder mehrere Wahlvorschläge mit insgesamt 7 Bewerbern aufgestellt worden. Das betraf insgesamt 483 Gemeinden mit 71 bis einschließlich 750 Einwohnern. Die Zahl der Gemeindevertreter dieser Gemeinden beträgt 3 381; davon waren 79% parteilos.

Hieraus erklärt sich auch, daß nur in 32% aller kreisangehörigen Gemeinden über 70 Einwohner die CDU die absolute Mehrheit, in weiteren 6% die relative Mehrheit errang, die Parteilosen

gegen in 40% der Gemeinden die absolute Mehrheit der Gemeindevertreter stellen konnten.

Im einzelnen erreichte die

	CDU	SPD	GB/BHE	FDP	SSW	DP
in ...	442	69	4	68	-	8
Gemeinden	83	33	2	11	1	2

	DRP	uSHB	Parteilose	absolute	} Mehrheit der Sitze in den Gemeinde- vertretungen
	1	25	546	relative	
	-	2	-		

Tab. 6 Sitzverteilung bei den Gemeindewahlen nach Gemeindegrößenklassen

Gemeindegrößenklasse	Anzahl der Sitze	davon entfielen auf							
		CDU	SPD	GB/BHE	FDP	SSW	DP	Parteilose	sonstige Parteien ¹
unter 1 000 Einw.	7 905	2 314	700	190	520	78	72	3 847	184
1 000 b.u. 2 000 "	1 740	880	475	146	160	26	14	13	26
2 000 " 5 000 "	1 351	547	456	130	121	33	28	1	35
5 000 " 10 000 "	694	272	267	72	57	5	12	.	9
10 000 " 25 000 "	427	168	184	35	35	5	.	.	.
25 000 " 50 000 "	148	55	59	13	14	4	.	.	3
50 000 Einw. und mehr (kreisfreie Städte)	177	65	77	14	8	13	.	.	.
Zusammen	12 442	4 301	2 218	600	915	164	126	3 861	257
dazu Vertreter der Kreistage	708	317	232	61	61	23	8	.	6
Insgesamt	13 150	4 618	2 450	661	976	187	134	3 861	263
in % aller Sitze	100	35,1	18,6	5,0	7,4	1,4	1,0	29,4	2,0

1) DRP 23, uSHB 230, GSHR 4 bei den Gemeindewahlen, uSHB 6 bei den Kreiswahlen

In 99 von 1 393 kreisangehörigen Gemeinden sind Parteien bei der Gemeindewahl Listenverbindungen eingegangen, davon in zwei Gemeinden je 2 Listenverbindungen. Am häufigsten war die Listenverbindung zwischen CDU-GB/BHE (32 Gemeinden), gefolgt von CDU-FDP (31 Gemeinden). In insgesamt 6 Gemeinden verbanden sich CDU-BHE-FDP auf der Liste. An 89 Listenverbindungen war die CDU beteiligt, an 13 die SPD, darunter - in 4 Fällen - am häufigsten mit der CDU.

Die Altersgliederung der in den Landkreisen gewählten Bewerber

Für 15 von 17 Landkreisen liegt eine Gliederung der gewählten Kreisvertreter nach Alter und Geschlecht vor, die insgesamt 625 Personen umfaßt. Niedrig ist mit durchschnittlich 4% der Anteil der Frauen, er ist mit 8% bei der SPD am höchsten.

Die stärkste Altersgruppe in jeder Partei stellen die 50- bis unter 60jährigen, denen die 60 Jahre und älteren folgen. Die jüngeren Jahrgänge sind bei der SPD und dem SSW relativ gut besetzt.

Tab. 7 Altersgliederung der am 25.10.1959 in die Kreistage gewählten Vertreter aus 15 Kreisen in %

Altersgruppe	Kreisvertreter insgesamt	darunter entfallen auf				
		CDU	SPD	GB/BHE	FDP	SSW
25 b.u. 30 Jahre	0	0	1	-	-	-
30 " 40 "	10	7	15	6	7	21
40 " 50 "	18	17	17	13	28	16
50 " 60 "	37	40	33	46	31	32
60 " 70 "	30	31	30	31	28	16
70 Jahre und älter	4	4	4	4	6	16
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
darunter Frauen	4	2	8	4	-	-

Der Altersaufbau hat sich gegenüber den 1955 gewählten Vertretern der gleichen 15 Landkreise nicht entscheidend geändert. Einer größeren Besetzung der Altersgruppe der 30- bis unter 40jährigen von 6% auf 10% steht ein von 27% auf 18% verminderter Anteil der nächstfolgenden Altersgruppe gegenüber. Der Anteil der Frauen ist absolut wie auch relativ unverändert geblieben.

Dipl.-Volksw. Joachim Sachse

Der Güterverkehr in Schleswig-Holstein auf den Eisenbahnen im Jahre 1956

Im Jahre 1956 wurden in Schleswig-Holstein insgesamt rund 9,9 Mill. t Güter auf den Eisenbahnen befördert. Die beförderte Gütermenge war um 0,8 Mill. t oder 8% größer als 1955, die Zuwachsrate war jedoch nicht größer als ein Jahr zuvor. Die Aufteilung nach Versand und Empfang zeigt ein deutliches Übergewicht des Empfanges. Sowohl Versand als auch Empfang waren größer als im Jahre 1955. Am gesamten Güterverkehr auf den Eisenbahnen in der Bundesrepublik hatte Schleswig-Holstein mit etwa 3% ungefähr den gleichen Anteil wie 1955.

Tab. 1 Der Güterverkehr Schleswig-Holsteins auf den Eisenbahnen nach Verkehrsbeziehungen im Jahre 1956

Verkehrsbeziehung	Beförderte Gütermenge	
	1 000 t	%
Verkehr innerhalb Schleswig-Holsteins V = E	1 339	14
Versand nach		
dem übrigen Bundesgebiet	1 848	19
Berlin (West)	38	0,4
Ostberlin und der sowjetischen Besatzungszone	19	0,2
dem Saarland	4	0,0
dem Ausland	273	2,8
Empfang aus		
dem übrigen Bundesgebiet	5 594	57
Berlin (West)	6	0,1
Ostberlin und der sowjetischen Besatzungszone	577	5,9
dem Saarland	2	0,0
dem Ausland	161	1,6
Insgesamt	9 862	100

Wie Tabelle 1 zeigt, entfielen von den im Jahre 1956 beförderten 9,9 Mill. t Gütern 14% auf den Verkehr innerhalb des Landes, 76% auf den Wechselverkehr mit den übrigen Bundesländern und 10% auf den Verkehr mit Gebieten außerhalb des Bundesgebietes. Innerhalb der Landesgrenzen wurden insgesamt 1,3 Mill. t Güter auf den Eisenbahnen transportiert. Gegenüber dem Vorjahr nahm diese Gütermenge damit um 7% zu.

Im Wechselverkehr mit den Bundesländern belief sich die beförderte Gütermenge auf 7,4 Mill. t. Dabei war der Empfang Schleswig-Holsteins aus den Bundesländern dreimal so groß wie der Versand. Hauptliefer- und zugleich-empfangsländer waren Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hamburg, 86% der insgesamt beförderten Gütermenge entfielen allein auf den Verkehr mit diesen Bundesländern.

Am Güterverkehr mit Gebieten außerhalb des Bundesgebietes hatte der Güterumschlag mit der sowjetischen Besatzungszone mit 0,6 Mill. t oder 6% den größten Anteil. Der überwiegende Teil dieses Güterverkehrs entfiel auf den Empfang Schleswig-Holsteins.

Im Verkehr mit dem Ausland erreichte die beförderte Gütermenge 0,4 Mill. t oder 4% des ge-

samten Güterverkehrs des Landes. Hierbei war der Versand des Landes erheblich größer als der Empfang aus dem Ausland.

Der Gütertausch mit Berlin (West) und dem Saarland war nur gering.

Güterempfang

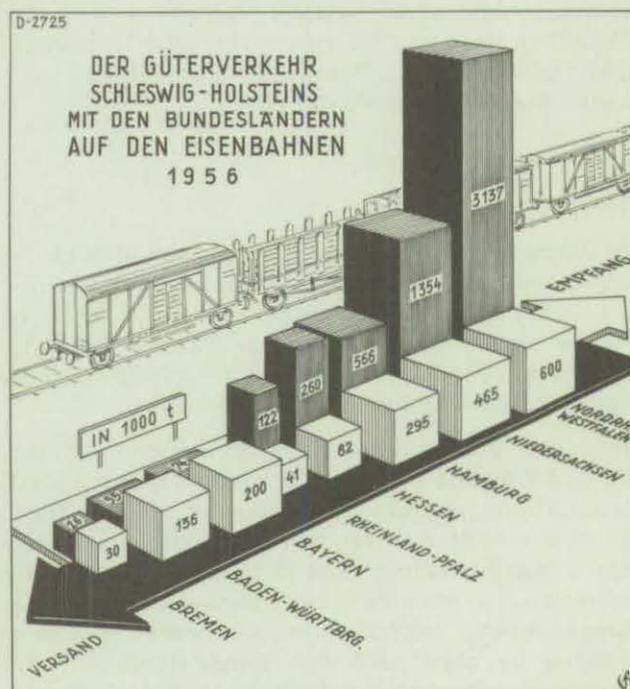
Schleswig-Holstein empfing aus den übrigen Bundesländern 5,6 Mill. t Güter.

Tab. 2 Der Güterempfang Schleswig-Holsteins auf den Eisenbahnen 1956 aus den übrigen Bundesländern

Bundesland	Insgesamt	davon		
		Agrar- erzeug- nisse	Industrie- erzeug- nisse ¹	sonstige Güter ²
	in 1 000 t			
Hamburg	566	38	251	276
Niedersachsen	1 354	24	1 223	107
Bremen	26	6	13	7
Nordrhein-Westfalen	3 137	5	2 970	162
Hessen	260	1	107	153
Rheinland-Pfalz	122	3	114	5
Baden-Württemberg	55	1	52	2
Bayern	74	5	65	4
Insgesamt	5 594	84	4 795	715

1) einschl. Rohstoffe 2) nichtöffentlicher Verkehr, Umzugsgut, Verpackungen

Das Schwergewicht des Güterverkehrs auf den Eisenbahnen lag sowohl im Versand als auch im Empfang auf Erzeugnissen der industriellen Produktion. Rund 86% der aus den übrigen Bundesländern empfangenen Gütermenge bestanden aus Industrieerzeugnissen. Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen hatten an dieser Gesamtmenge einen Anteil von 75%. Hauptempfangsgüter aus



dem Bundesgebiet waren Steinkohlen (46%), Düngemittel (14%) und Güter des nichtöffentlichen (bahneigenen) Verkehrs (13%). Der Empfang an Industrieerzeugnissen aus dem Bundesgebiet war größer als im Vorjahr. Dagegen nahm der Empfang an Agrarerzeugnissen gegenüber 1955 ab und hatte beim Empfang aus den Bundesländern ein nur geringes Gewicht. Rund 75% der Lieferungen an Agrarerzeugnissen aus den Bundesländern kamen aus Hamburg und Niedersachsen. Überwiegend wurden in Schleswig-Holstein pflanzliche Rohstoffe zu Nahrungs- und Genußmitteln (außer Getreide und Hülsenfrüchten) empfangen. Recht bedeutsam war der Empfang an sonstigen Gütern, bei denen der Militär- und Dienstgutverkehr im Vordergrund stand. Von der insgesamt empfangenen Gütermenge der Gruppe "sonstige Güter" in Höhe von rund 715 000 t entfielen rund 80% auf den Empfang aus Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Hessen. Am Empfang Schleswig-Holsteins aus Gebieten außerhalb der Bundesrepublik war der Empfang aus Ostberlin und der sowjetischen Besatzungszone am stärksten beteiligt. Die empfangene Gütermenge war jedoch kleiner als im Jahre 1955; sie setzte sich überwiegend aus Braunkohlelieferungen und Gütern der Gruppe "Steine, Erden und Bindemittel" zusammen.

Aus dem Saarland und Berlin (West) kam dagegen nur eine geringe Gütermenge nach Schleswig-Holstein. Hauptempfangsgüter waren Eisen und Stahl, Eisen- und Stahlwaren. Gegenüber 1955 nahm der Empfang des Landes aus Berlin (West) um rund ein Siebtel und aus dem Saarland um etwa die Hälfte ab.

Der Empfang aus dem Ausland betrug 161 000 t und war damit um 64 000 t oder 66% höher als im Jahre 1955. Überwiegend empfing Schleswig-Holstein aus dem Ausland Agrarerzeugnisse (63 000 t), Holz und Holzwaren (46 000 t), außerdem mineralische Rohstoffe und Eisen und Stahl, Eisen- und Stahlwaren.

Güterversand

Im Jahre 1956 betrug der Güterversand Schleswig-Holsteins auf den Eisenbahnen nach Gebieten außerhalb der Landesgrenzen 2,2 Mill. t. Die versandte Gütermenge war zwar größer als im Vorjahr, jedoch nur rund ein Drittel so groß wie der Empfang des Landes.

Rund 85% der versandten Gütermenge entfielen auf den Versand nach dem übrigen Bundesgebiet. Hauptempfangsländer der aus Schleswig-Holstein versandten Güter waren Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hamburg. Zusammen erhielten sie etwa 74% der insgesamt nach dem Bundesgebiet beförderten Gütermenge. Am übrigen Versand nach den Bundesländern war Bayern am stärksten beteiligt. Lediglich Nord-

Tab. 3 Der Güterversand Schleswig-Holsteins auf den Eisenbahnen 1956 nach den übrigen Bundesländern

Bundesland	Insgesamt	davon		
		Agrarerzeugnisse	Industrieerzeugnisse ¹	sonstige Güter ²
in 1 000 t				
Hamburg	295	24	157	114
Niedersachsen	465	114	294	56
Bremen	30	4	17	9
Nordrhein-Westfalen	600	157	413	30
Hessen	82	38	27	16
Rheinland-Pfalz	41	26	13	1
Baden-Württemberg	136	36	98	3
Bayern	200	40	150	11
Insgesamt	1 848	439	1 170	240

1) einschl. Rohstoffe 2) nichtöffentlicher Verkehr, Umzugsgut, Verpackungen

rhein-Westfalen, Niedersachsen, Bremen und Hamburg empfangen mehr Güter als im Vorjahr.

Zwei Drittel der nach dem Bundesgebiet versandten Gütermenge waren Industrieerzeugnisse. Mit einem Anteil von 35% stand hierbei Nordrhein-Westfalen an der Spitze aller Bundesländer beim Empfang der schleswig-holsteinischen Lieferungen an Industrieerzeugnissen. Hauptversandgüter waren Holz und Holzwaren, Eisen- und Stahlwaren sowie Mineralöle und Mineralölderivate. Von den Holz- und Holzwarensendungen entfielen 94% auf den Versand von Grubenholz sowie Faser- und Papierholz. Im Berichtsjahr kamen ebenfalls mehr Agrarprodukte zum Versand als im Vorjahr. Insgesamt wurden auf den Eisenbahnen im Jahre 1956 439 000 t Agrargüter aus Schleswig-Holstein in das übrige Bundesgebiet transportiert. Den größten Anteil am Agrargüterversand hatten die Güter der Gruppen "pflanzliche Rohstoffe zu Nahrungs- und Genußmitteln" (außer Getreide und Hülsenfrüchte) und "tierische Stoffe zur Ernährung". Schleswig-Holstein ist ein wichtiger Lieferant an pflanzlichen und tierischen Rohstoffen, die in anderen Bundesländern weiterverarbeitet werden. Besonders groß war im Berichtsjahr der Versand an diesen Gütern nach Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, die die wichtigsten Abnehmer schleswig-holsteinischer Agrarerzeugnisse sind. 62% der nach dem Bundesgebiet versandten Menge an Agrargütern lieferte Schleswig-Holstein im Berichtsjahr allein nach diesen beiden Bundesländern. Hierbei hatte der Empfang an "pflanzlichen Rohstoffen zu Nahrungs- und Genußmitteln" (außer Getreide und Hülsenfrüchte) an der insgesamt aus Schleswig-Holstein empfangenen Agrargütermenge in Nordrhein-Westfalen einen Anteil von rund 70% und in Niedersachsen von rund 87%. Am restlichen Agrargüterempfang aus Schleswig-Holstein waren die Güter der Gruppe "tierische Stoffe zur Ernährung" in diesen beiden Bundesländern mit am stärksten beteiligt. Vom Versand an Gütern der Gruppe "sonstige Güter" nach sämtlichen

übrigen Bundesländern entfiel rund die Hälfte auf Transporte nach Hamburg. Insgesamt kam eine kleinere Menge "sonstige Güter" nach dem Bundesgebiet zum Versand als im Vorjahr. Lediglich Hessen und Bayern empfangen mehr "sonstige Güter" als im Jahre 1955. Alle übrigen Bundesländer erhielten weitaus mehr Industrie- und Agrarerzeugnisse aus Schleswig-Holstein als sonstige Güter. Hessen und Rheinland-Pfalz waren die beiden einzigen Bundesländer, die mehr Agrarerzeugnisse als Industrieerzeugnisse von Schleswig-Holstein empfangen. Bayern war das einzige Land, das eine geringere Menge an Agrarerzeugnissen erhielt als im Vorjahr.

Die nach Berlin (West) versandte Gütermenge war um 17% größer als im Jahre 1955. Überwiegend lieferte das Land pflanzliche Rohstoffe zu Nahrungs- und Genußmitteln, Düngemittel sowie Eisen- und Stahlwaren.

Der Versand Schleswig-Holsteins nach Ostberlin und der sowjetischen Besatzungszone war um 30% kleiner als im Vorjahr. Den Hauptanteil an der gelieferten Gütermenge hatte der Versand an Agrarerzeugnissen und Düngemitteln.

Nach dem Saarland wurden vorwiegend Agrarerzeugnisse transportiert. Die insgesamt nach dem Saarland beförderte Gütermenge war um 74% größer als im Jahre 1955.

Am Versand Schleswig-Holsteins nach Gebieten außerhalb der Bundesrepublik war der Versand nach dem Ausland mit 82% am stärksten beteiligt. Die beförderte Gütermenge nahm jedoch gegenüber dem Vorjahr um 20% ab. Hauptempfangsländer waren die Schweiz, Dänemark, Schweden und Österreich. 42% aller Lieferungen nach dem Ausland waren Holz- und Holzwarensendungen. Danach folgen Mineralöle und Mineralölderivate sowie Futtermittel als Hauptversandgüter Schleswig-Holsteins nach dem Ausland.

Der Binnenverkehr und die Tiersendungen

Von der innerhalb der Landesgrenzen transportierten Gütermenge in Höhe von 1,3 Mill. t ent-

fielen im Berichtsjahr etwa 40% auf den Transport von Mineralölen und Mineralölderivaten. Ein weiterhin großes Gewicht am Gütertransport innerhalb Schleswig-Holsteins hatte die Beförderung von Militär- und Dienstgut (20%), pflanzlichen Rohstoffen zu Nahrungsmitteln (außer Getreide und Hülsenfrüchten) (10%) sowie Düngemitteln (8%).

Bei den Tiertransporten, die nicht nach dem Gewicht sondern nach der Stückzahl der beförderten Tiere gemessen werden und daher in den Tabellen nicht enthalten sind, versandte Schleswig-Holstein mehr Tiere als im Land empfangen wurden. Das Schwergewicht der Tiersendungen lag auf dem Versand von Schweinen (außer Ferkeln) und Rindvieh (außer Kälbern). Insgesamt kamen etwa 434 000 Schweine und 118 000 Rinder zum Versand. Die Schweinetransporte gingen zu rund 90% und die Rindertransporte zu etwa 80% nach dem übrigen Bundesgebiet. Hauptabnehmer waren hierbei Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Gegenüber dem Vorjahr stieg der Versand an Pferden und Schweinen mit Zuwachsraten von 84% und 13% am stärksten an, dagegen kam nur ein Viertel der vorjährigen Ferkelmengen zum Versand. Nach dem Ausland wurden hauptsächlich Pferde (3 673 Stück) und Schafe (2 908 Stück) transportiert. Der größte Teil der im Berichtsjahr zum Versand nach dem Ausland gelangenden Pferde waren Schlachtpferde, die überwiegend nach Frankreich und Belgien geliefert wurden.

Im Binnenverkehr wurden vornehmlich Rinder (18 418 Stück) und Schafe (14 166 Stück) auf den Eisenbahnen befördert. Aus Gebieten außerhalb der Landesgrenzen wurde eine nur kleine Anzahl von Tieren nach Schleswig-Holstein transportiert. Vorwiegend wurden Schafe (2 472 Stück) und Rinder (2 134 Stück) empfangen.

Dipl.-Volksw. Wilhelm Semmler

Vergleiche auch: "Der Güterverkehr auf den Eisenbahnen 1954 und 1955" in Stat. Monatsh. S.-H. 1958, S. 293 (Dezember)

Entwicklung der Beherbergungskapazität für den Fremdenverkehr 1950-1959

Gesamtüberblick

Für die Entwicklung des Beherbergungsangebots für den Fremdenverkehr in den letzten 9 Jahren ist vor allem der hohe und von Jahr zu Jahr steigende Anteil der von privaten Haushaltungen für den Fremdenverkehr zur Verfügung gestellten Betten kennzeichnend. Von 1950 bis 1959 hat sich die Gesamtzahl der für den Frem-

denverkehr in Schleswig-Holstein vorhandenen Betten verdoppelt und die Zahl der verfügbaren¹ Betten verdreifacht. Der verfügbare Bettenbestand erhöhte sich in diesem Zeitraum in den Privatquartieren auf das Sechsfache und in den

1) Von den vorhandenen Betten war ein Teil durch Beschlagnahme durch die Besatzungstruppen, durch Einweisung von Flüchtlingen oder aus anderen Gründen zweckentfremdet. Im Laufe der Zeit ist der größte Teil dieser Betten wieder freigegeben worden

Tab. 1 Der Bettenbestand für den Fremdenverkehr in Schleswig-Holstein 1950 - 1959¹⁾

Stichtag 1. April	Vorhandene Betten insgesamt	davon					
		in gewerblichen Betrieben zweckentfremdet	verfügbar				
			insgesamt	in gewerblichen Betrieben		in Privatquartieren	
				Anzahl	in %	Anzahl	in %
1950	49 185	16 821	32 364	23 521	73	8 843	27
1951	51 125	12 648	38 477	28 851	75	9 626	25
1952	57 370	10 018	47 352	32 691	69	14 661	31
1953	68 286	7 535	60 751	36 419	60	24 332	40
1954	71 772	4 455	67 317	38 992	58	28 325	42
1955	77 677	3 919	73 758	42 473	58	31 285	42
1956	81 905	2 884	79 021	44 028	56	34 993	44
1957	89 275	2 442	86 833	44 046	51	42 787	49
1958	95 142	1 886	93 256	46 881	50	46 375	50
1959	100 339	1 595	98 744	48 758	49	49 986	51

1) bis 1954 in rund 110, ab 1955 in 165 Fremdenverkehrsgemeinden

gewerblichen Fremdenverkehrsbetrieben - wie Tabelle 1 zeigt - lediglich auf das Zweifache.

Von den Privatvermietern werden gegenwärtig in Schleswig-Holstein mehr Betten für den Fremdenverkehr zur Verfügung gestellt als von den gewerblichen Fremdenverkehrsbetrieben. In den letzten zehn Jahren vergrößerte sich der Anteil der privatvermieteten Betten am gesamten für den Fremdenverkehr zur Verfügung gestellten Bettenbestand von 27% auf 51%.

Wie sich aus dem vorliegenden statistischen Material ergibt, steht die Entwicklung des Beherbergungsangebots seit 1950 in engem Zusammenhang mit der Struktur und der zeitlichen Verteilung der Nachfrage nach Fremdenverkehrsleistungen. Trotz vielfacher Bemühungen des Fremdenverkehrsgewerbes ist es bis heute noch nicht gelungen, eine ganzjährige Ausnutzung der Fremdenverkehrskapazität in Schleswig-Holstein zu erreichen. Wie das vorhandene statistische Material über den Umfang und die zeitliche Verteilung der Fremdenmeldungen und Fremdenübernachtungen zeigt, konzentriert sich die Geschäftstätigkeit des Fremdenverkehrsgewerbes auf den Urlaubs- und Erholungsreiseverkehr in einem nur recht kurzen Zeitraum des Jahres. Seit Jahren ist zu beobachten, daß der größte Anteil des Reise- und Erholungsverkehrs, der den Hauptanteil am Geschäftsergebnis im Fremdenverkehrsbereich besitzt, im wesentlichen in die beiden Sommermonate Juli und August fällt. In den übrigen Monaten, so insbesondere in den Spätherbst- und Wintermonaten, sinkt das Fremdenverkehrsgeschäft dagegen auf einen erheblich geringeren Umfang ab. Lediglich der Wochenendverkehr von Gästen aus dem Lande selbst und aus den unmittelbar an Schleswig-Holstein angrenzenden Bundesländern Hamburg und Niedersachsen und aus Dänemark hat noch eine größere Bedeutung. Der Geschäftsreiseverkehr, der in anderen Bundesländern, so z. B. Nordrhein-Westfalen, Bayern und Hessen eine nennenswerte Höhe erreicht,

spielt für die Tätigkeit des schleswig-holsteinischen Fremdenverkehrsgewerbes dagegen im ganzen eine recht unbedeutende Rolle.

Ein besonderes Problem hat für die Inhaber der gewerblichen Fremdenverkehrsbetriebe in den letzten zehn Jahren darin bestanden, ihre Betriebskapazität sowohl mit der Spitzennachfrage in der Hauptsaison als auch mit der Geschäftstätigkeit in der restlichen Zeit des Jahres in Einklang zu bringen. Um den Nachfragestoß in der Hauptsaison aufzufangen, müßten sie ihre Bettenkapazitäten sehr groß halten. In der übrigen Zeit des Jahres besteht aber nur geringe Aussicht dafür, daß die Kapazitäten ausgenutzt werden. Infolgedessen ist jede Ausdehnung der Kapazität im gewerblichen Fremdenverkehrsbereich von vornherein mit einem erheblichen Risiko belastet. Das ist natürlich um so mehr der Fall, als ein bedeutender Teil der Betriebskosten in den Fremdenverkehrsbetrieben in der Regel relativ starr ist. Die geringen Aussichten auf eine ausreichende wirtschaftliche Auslastung einer vergrößerten Betriebskapazität dürften der Grund dafür sein, daß sich die Bettenkapazität der gewerblichen Fremdenverkehrsbetriebe in den letzten zehn Jahren überwiegend nur infolge Freigabe ehemals zweckentfremdeter Betten erhöht hat. Eine Folge dieses Sachverhalts ist die von Jahr zu Jahr und insbesondere in der Zeit der Hochsaison zunehmende Privatvermietung, so vor allem in den Nord- und Ostseebadeorten. Die Privatvermieter bieten heute in allen Fremdenverkehrsgemeinden des Landes einen beachtenswerten Teil der für den Fremdenverkehr verfügbaren Bettenkapazität an. Angesichts der aus dem Zahlenmaterial feststellbaren Ausdehnung der Privatvermietung erhebt sich die Frage, wieweit sie als Konkurrent der gewerblichen Fremdenverkehrswirtschaft anzusehen ist. Eine eindeutige Antwort auf diese Frage kann nicht gegeben werden. Denn einerseits ergeben sich zweifellos zwischen diesen beiden Anbietern von Fremdenverkehrsleistungen Konkurrenzbeziehungen, andererseits darf jedoch nicht übersehen werden, daß die Privatvermietung in vielen Fremdenverkehrsgemeinden des Landes überhaupt erst die Aufnahme von Gästen ermöglicht, die z. B. in der Hauptsaison in den gewerblichen Fremdenverkehrsbetrieben kein Unterkommen mehr finden könnten, oder denen der Aufenthalt in gewerblichen Betrieben zu kostspielig wäre. Da sich die Privatvermieter aber in der Regel lediglich auf die Bereitstellung von Unterkunft beschränken, die Gäste infolgedessen zur Befriedigung ihrer weiteren Bedürfnisse auf die gewerblichen Betriebe angewiesen sind, tragen sie hierdurch mittelbar zu einer erhöhten Ausnutzung der Gesamtkapazität der gewerblichen Fremdenverkehrsbetriebe (z. B. Restaurationsbetriebe, Getränkeausschank, Festlichkeiten,

Kuranlagen u. ä. m.) sowie einer verstärkten Geschäftstätigkeit nicht nur in den gewerblichen Fremdenverkehrsbetrieben, sondern weiterhin noch in zahlreichen anderen Geschäftszweigen in den Fremdenverkehrsorten des Landes bei. Die Privatvermietung hat sich infolgedessen im Laufe der Zeit zwar teils zu einem Konkurrenten, teils aber auch zu einem stimulierenden Faktor des gewerblichen Fremdenverkehrszweiges und anderer Wirtschaftsbereiche entwickelt.

Das Kernproblem, vor dem die gewerblichen Fremdenverkehrsbetriebe in der Vergangenheit gestanden haben und gegenwärtig noch stehen, besteht in erster Linie darin, Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, der bislang ungenügenden Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten in der Vor- und Nachsaison sowie im Winterhalbjahr zu begegnen. Seit einigen Jahren ist man bemüht, dieses Problem durch den Bau von geheizten und überdachten Hallenbädern, Kneipp- und Kuranlagen, zusätzlichen Unterhaltungsräumen, Kurverlegung auf die Herbst- und Wintermonate u. ä. m. zu lösen. Derartige Maßnahmen und Einrichtungen erfordern jedoch häufig umfangreiche, kostspielige und risikoreiche Investitionen, deren Durchführung von vielen Umständen, nicht zuletzt von der Finanzkraft der Betriebe selbst, abhängig ist. Wie die bisherige Entwicklung in dieser Richtung zeigt, kann hierin eine Möglichkeit für den gewerblichen Fremdenverkehr liegen, die bislang nur begrenzte Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten zu überwinden. Allerdings ist der Erfolg derartiger Bemühungen nicht allein von den angeführten und zum Teil auch bereits verwirklichten Faktoren, sondern ebenso von der Nachfragestruktur und den Grenzen einer möglichen Nachfragebeeinflussung abhängig. Hierbei spielen Witterung, Ferientermine, An- und Abfahrtskosten für die Gäste, Preisgestaltung u. ä. m. eine wichtige Rolle.

In diesem Zusammenhang wäre eine eingehende Analyse der Bestimmungsfaktoren der Nachfrage nach Fremdenverkehrsleistungen in Schleswig-Holstein sehr aufschlußreich. Gegenwärtig läßt sich jedoch an Hand des vorhandenen Zahlenmaterials eine derartige Analyse nicht durchführen. Einerseits reicht die gesetzlich festgelegte Zahl der Erhebungsmerkmale in der Fremdenverkehrsstatistik hierzu nicht, andererseits ist aber auch, wie die Überprüfung und Auswertung der von den Fremdenverkehrsgemeinden des Landes gemeldeten Ergebnisse zeigen, die Qualität der übermittelten Gemeindeergebnisse unterschiedlich. Infolgedessen sind die Aussagemöglichkeiten im Hinblick auf eine spezielle Untersuchung dieser Art gegenwärtig begrenzt.

Die Entwicklung der gewerblichen Bettenkapazität nach Gemeindegruppen

Innerhalb der einzelnen Fremdenverkehrsgemeinden weicht die strukturelle Entwicklung des Beherbergungsangebots seit 1950 je nach ihrer Eigenart von der dargestellten Gesamtentwicklung mehr oder weniger ab. Den einzelnen Gemeinden kommt selbstverständlich auch ein unterschiedliches Gewicht im Gesamtüberblick zu. Dies zeigt sich sehr anschaulich bei einer Aufspaltung der Fremdenverkehrsbranche zu den Gemeindegruppen: "Großstädte", "Bade- und heilklimatische Kurorte", "Luftkurorte und Erholungsorte", "Nordseebäder", "Ostseebäder" und "sonstige Fremdenverkehrsgemeinden".

Wie Tabelle 2 zeigt, hat sich der für den Fremdenverkehr verfügbare Bettenbestand in sämtlichen Gemeindegruppen von 1950 bis 1959 in beachtlichem Umfang erhöht. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß im Jahre 1954 eine Neugliederung des Berichtskreises in den Gemeindegruppen vorgenommen wurde. Durch Erlass des Landesministers für Wirtschaft und

Tab. 2 Die Entwicklung der Bettenkapazität¹ in Schleswig-Holstein nach Fremdenverkehrsgemeindegruppen 1950 - 1959

Stichtag 1. April	Betten- bestand ins- gesamt	davon in					
		Groß- städten	Bade- und heilkli- matischen Kurorten	Luftkurorten und Erholungs- orten	Nordsee- bädern	Ostsee- bädern	sonstigen Fremden- verkehrs- gemeinden
1950	32 364	1 759	874	2 893	14 699	9 645	2 494
1951	38 477	1 934	911	3 632	16 204	12 865	2 931
1952	47 352	2 477	1 026	4 445	21 288	14 929	3 187
1953	60 751	2 574	1 077	4 738	26 226	22 621	3 515
1954	67 317	3 072	1 164	5 249	27 563	26 694	3 575
1954 ²	69 764	2 271	2 574	5 926	26 986	26 915	5 092
1955	73 758	2 417	2 694	7 026	27 499	28 744	5 378
1956	79 021	2 649	2 878	6 946	29 877	30 982	5 689
1957	86 833	2 711	3 007	7 463	33 154	34 435	6 063
1958	93 256	2 675	3 289	8 224	35 138	37 315	6 615
1959	98 744	2 535	3 374	8 613	37 681	40 086	6 455

1) einschl. Privatbetten

2) 1954 = Umstellung des Berichtskreises: alter Berichtskreis = 110 Gemeinden
neuer " = 165 "

Verkehr wurde der Kreis der zu erfassenden Fremdenverkehrsgemeinden neu benannt und die Zahl der Berichtsgemeinden von 110 auf 165 erhöht. Durch diese Neufestsetzung des Berichtskreises schieden einige bislang erfaßten Fremdenverkehrsgemeinden aus dem Berichtskreis aus, einige wechselten die Gemeindegruppe und eine größere Anzahl kam neu hinzu. Darüber hinaus wurde bei der Neugliederung der Gemeinden die Gelegenheit wahrgenommen, den Kreis der erfaßten Betriebe durch genaue Definitionen zu bereinigen. Nach der Neugliederung des Berichtskreises umfaßte der Begriff "Beherbergungsstätte" im Sinne der Fremdenverkehrsstatistik: "alle Unterkunftsstätten, in denen Personen zum vorübergehenden Aufenthalt gegen Entgelt Unterkunft gewährt wird". Zum gewerblichen Fremdenverkehrsbereich zählen hierbei: Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Sanatorien und Erholungsheime. Zum eigentlichen Fremdenverkehr rechnet auch die Privatvermietung. Außerdem werden Kinderheime und Jugendherbergen und ab 1.4.1959 die Zeltplätze statistisch erfaßt. Unter Erholungsheimen sind auch solche zu verstehen, die von privaten Unternehmungen oder von der öffentlichen Hand in den Fremdenverkehrsgemeinden unterhalten werden. Nicht zu den Beherbergungsstätten gezählt werden dagegen Krankenhäuser, deren Patienten bettlägerig sind oder nicht ausgehen dürfen, Heime für Teilnehmer an Lehrgängen und Schulungskursen, Waisenhäuser, Massenquartiere, Obdachlosenasyile und alle Anstalten, die der dauernden Unterbringung von Kindern dienen.

Wegen der Neugliederung der Berichtsgemeinden im Jahre 1954 sind die Gruppenergebnisse der seit Kriegsende durchgeführten Erhebungen nur innerhalb der Zeiträume vor oder nach der Neugliederung uneingeschränkt miteinander vergleichbar². Trotz der beachtlichen Ausweitung des Berichtskreises hat sich die Bettenkapazität im gesamten erfaßten Fremdenverkehrsbereich nach der Neugliederung im Jahre 1954 jedoch nur um rund 4% erhöht. Von dieser geringfügigen Erweiterung des Berichtskreises ist das Bild der strukturellen und quantitativen Gesamtentwicklung der Beherbergungskapazitäten des Fremdenverkehrsbereiches in Schleswig-Holstein nicht grundlegend beeinflußt worden.

Auf die Entwicklung in den einzelnen Gemeindegruppen hat sich die Berichtsumstellung dagegen unterschiedlich ausgewirkt. Im folgenden soll zur Abrundung der oben behandelten Gesamtentwicklung der Bettenkapazitäten die Entwicklung in den einzelnen Gemeindegruppen, unter Berücksichtigung der Auswirkungen aus der Berichtskreisumstellung, kurz dargestellt werden.

²) Vergleiche: "Der Fremdenverkehr im Sommerhalbjahr 1956", in Stat. Monatsh. S.-H. 1957, S. 146 (Mai)

Seebäder

Im Fremdenverkehrsgewerbe Schleswig-Holsteins nehmen die Seebäder eine Vorrangstellung ein. Diese Tatsache wird durch die Anteile der Seebäder sowohl an den Fremdenmeldungen und Fremdenübernachtungen als auch am Bettenbestand bestätigt. Im Jahre 1950 entfielen 77% des vorhandenen und 75% des verfügbaren Bettenbestandes (gewerblich und privat) allein auf die Seebäder. Im Jahre 1959 betragen die entsprechenden Anteile sogar jeweils 79% (Tabelle 2).

Von den verfügbaren Betten in gewerblichen Fremdenverkehrsbetrieben im Jahre 1950 in Höhe von 23 500 Betten entfielen 16 000 Betten oder 69% auf die gewerblichen Betriebe in den Seebädern; in der Gemeindegruppe "Nordseebäder" befanden sich hiervon 10 000 Betten oder 43% und in der Gemeindegruppe "Ostseebäder" 6 000 Betten oder 26%. Von 1950 bis 1959 hat sich der verfügbare Bettenbestand in den Seebädern etwas mehr als verdoppelt. Dabei war die Bestandszunahme in der Gemeindegruppe "Ostseebäder" in diesem Zeitraum mit 11 500 Betten etwa doppelt so groß wie in der Gemeindegruppe "Nordseebäder". Insgesamt hatten die gewerblichen Betriebe in den Ostseebädern 1959 einen für Fremdenverkehrszwecke verfügbaren Bettenbestand von 17 500 Betten und in den Nordseebädern 15 500 Betten. Die Anteile der Nord- und Ostseebäder am gesamten verfügbaren Bettenbestand des gewerblichen Fremdenverkehrsbereiches betragen im Jahre 1959 32% und 36%, zusammen also nahezu das Gleiche wie vor neun Jahren. Der gewerbliche Bereich in den Ostseebädern verfügt gegenwärtig über das größte Bettenangebot aller Gemeindegruppen im Fremdenverkehr des Landes.

In der Zeit von 1950 bis 1954 war die Bestandserhöhung in den gewerblichen Betrieben der Nord- und Ostseebäder überwiegend auf die Freigabe von ehemals zweckentfremdeten Betten zurückzuführen (Tabelle 3). Während die Bestandserhöhung in den Nordseebädern in den dann folgenden Jahren von 1954 bis 1959 zu 97% auf der weiteren Freigabe von zweckentfremdeten Betten beruhte, war sie in den Ostseebädern dagegen jetzt zu 71% auf einen Zugang an neuen Betten und nur zu 29% auf die weitere Freigabe ehemals zweckentfremdeter Betten zurückzuführen.

Die Neugliederung des Berichtskreises hatte einen nur sehr geringen Einfluß auf die quantitative Gesamtentwicklung und strukturelle Zusammensetzung der gewerblichen Bettenkapazität in den Seebädern. Das ergibt sich schon daraus, daß sich die Zahl der verfügbaren Betten im gewerblichen Bereich der Nordseebäder durch die Umstellung des Berichtskreises nur um etwa 2% verringerte und in der Gemeinde-

Tab. 3 Der Bettenbestand im gewerblichen Fremdenverkehrsbereich 1950 - 1954

Gemeindegruppe	Verfügbare Bettenbestand ¹		Zunahme insgesamt 1954 gegenüber 1950		davon durch			
	1950	1954	Zahl	%	Freigabe		Neuzugang	
					Zahl	%	Zahl	%
Großstädte	1 599	2 103	504	31	188	37	316	63
Bade- und heilklimatische Kurorte	872	1 064	192	22	46	24	146	76
Luftkurorte und Erholungsorte	2 364	4 339	1 975	84	1 098	56	877	44
Nordseebäder	10 182	15 108	4 926	48	4 420	90	506	10
Ostseebäder	6 012	12 996	6 984	116	5 995	86	989	14
Sonstige Fremdenverkehrsgemeinden	2 492	3 382	890	36	619	70	271	30

1) in 110 Fremdenverkehrsgemeinden

gruppe "Ostseebäder" geringfügig um nur 1% erhöhte.

Bade- und heilklimatische Kurorte

In der Gemeindegruppe "Bade- und heilklimatische Kurorte" wirkte sich die Neugliederung des Berichtskreises am stärksten von allen Gemeindegruppen auf den Bettenbestand aus. Durch die Neugliederung hat sich der verfügbare Bettenbestand des gewerblichen Bereichs in dieser Gemeindegruppe etwas mehr als verdoppelt. Vornehmlich war die starke Zunahme des Bettenbestandes auf die Einbeziehung der Fremdenverkehrsgemeinde "Malente" in diese Gemeindegruppe zurückzuführen. Ihre 1954 eingenommene Stellung haben die "Bade- und heilklimatischen Kurorte" - wie Tabelle 4 zeigt - auch bis zum Jahre 1959 beibehalten.

In der Zeit von 1950 bis 1954 setzte sich die Bestandszunahme (192 Betten) im alten Berichtskreis dieser Gemeindegruppe zu 76% aus einem Neuzugang an Betten und in der Zeit von 1954 bis 1959 (409 Betten) im neuen Berichtskreis zu 97% aus der Freigabe von ehemals zweckentfremdeten Betten zusammen.

Sonstige Fremdenverkehrsgemeinden

In der Gemeindegruppe "sonstige Fremdenverkehrsgemeinden" erhöhte sich der verfügbare Bettenbestand der gewerblichen Betriebe in der Zeit von 1950 bis 1954 um 890 verfügbare Betten. Rund 70% der Bestandszunahme war in diesem Zeitraum auf die Freigabe von ehemals zweckentfremdeten Betten zurückzuführen. Durch die Neugliederung des Berichtskreises vergrößerte sich der verfügbare Bettenbestand des gewerblichen Bereichs um 1 234 Betten oder, gemessen am verfügbaren Bettenbestand vor der Neugliederung, um 36%. Obwohl die Neugliederung, wie hieraus hervorgeht, eine recht erhebliche Ausweitung des Berichtskreises bei den "sonstigen Fremdenverkehrsgemeinden" zur Folge hatte, vergrößerte sich

Tab. 4 Der Bettenbestand im gewerblichen Fremdenverkehrsbereich 1954 - 1959

Gemeindegruppe	Verfügbare Bettenbestand ¹		Zunahme insgesamt 1959 gegenüber 1954		davon durch			
	1954	1959	Zahl	%	Freigabe		Neuzugang	
					Zahl	%	Zahl	%
Großstädte	1 602	2 114	512	32	105	21	407	79
Bade- und heilklimatische Kurorte	2 174	2 583	409	19	396	97	13	3
Luftkurorte und Erholungsorte	5 000	5 695	695	14	286	41	409	59
Nordseebäder	14 758	15 456	698	5	676	97	22	3
Ostseebäder	13 109	17 492	4 383	33	1 267	29	3 116	71
Sonst. Fremdenverkehrsgemeinden	4 616	5 418	802	17	62	8	740	92

1) nach der Neugliederung des Berichtskreises in 165 Fremdenverkehrsgemeinden

jedoch der Anteil dieser Gemeindegruppe am gesamten verfügbaren Bettenbestand der gewerblichen Betriebe in Schleswig-Holstein nur geringfügig von 9% auf 11%. Die von 1954 bis 1959 zu verzeichnende Bestandszunahme war, im Gegensatz zu der Entwicklung vorher, zu 92% auf einen Neuzugang an Betten zurückzuführen.

Großstädte

Die Gemeindegruppe "Großstädte" ist die einzige, in der die Zunahme des Bettenbestandes sowohl vor als auch nach der Neugliederung des Berichtskreises zum überwiegenden Teil auf einem Neuzugang an Betten beruhte. 1950 wurden in den gewerblichen Betrieben der erfaßten Großstädte 7% des gesamten verfügbaren Bettenbestandes im gewerblichen Fremdenverkehrsbereich des Landes gezählt. Bis zum Jahre 1959 fiel dieser Anteil auf 4%, obwohl sich der verfügbare Bettenbestand des gewerblichen Bereichs um insgesamt 500 verfügbare Betten erhöhte.

Die Entwicklung in dieser Gemeindegruppe ist in erster Linie von der Neugliederung des Berichtskreises im Jahre 1954 bestimmt worden, denn durch sie verminderte sich der verfügbare Bettenbestand um 500, d. h. um ebensoviel wie der Bettenbestand vor der Neugliederung von 1950 bis 1954 zugenommen hatte. Dadurch verlor diese Gemeindegruppe innerhalb des Gesamtbildes im Fremdenverkehrsgewerbe des Landes an Bedeutung und verfügte vom Zeitpunkt der Neugliederung des Berichtskreises bis zum Jahre 1959 über den kleinsten Bettenbestand aller Gemeindegruppen.

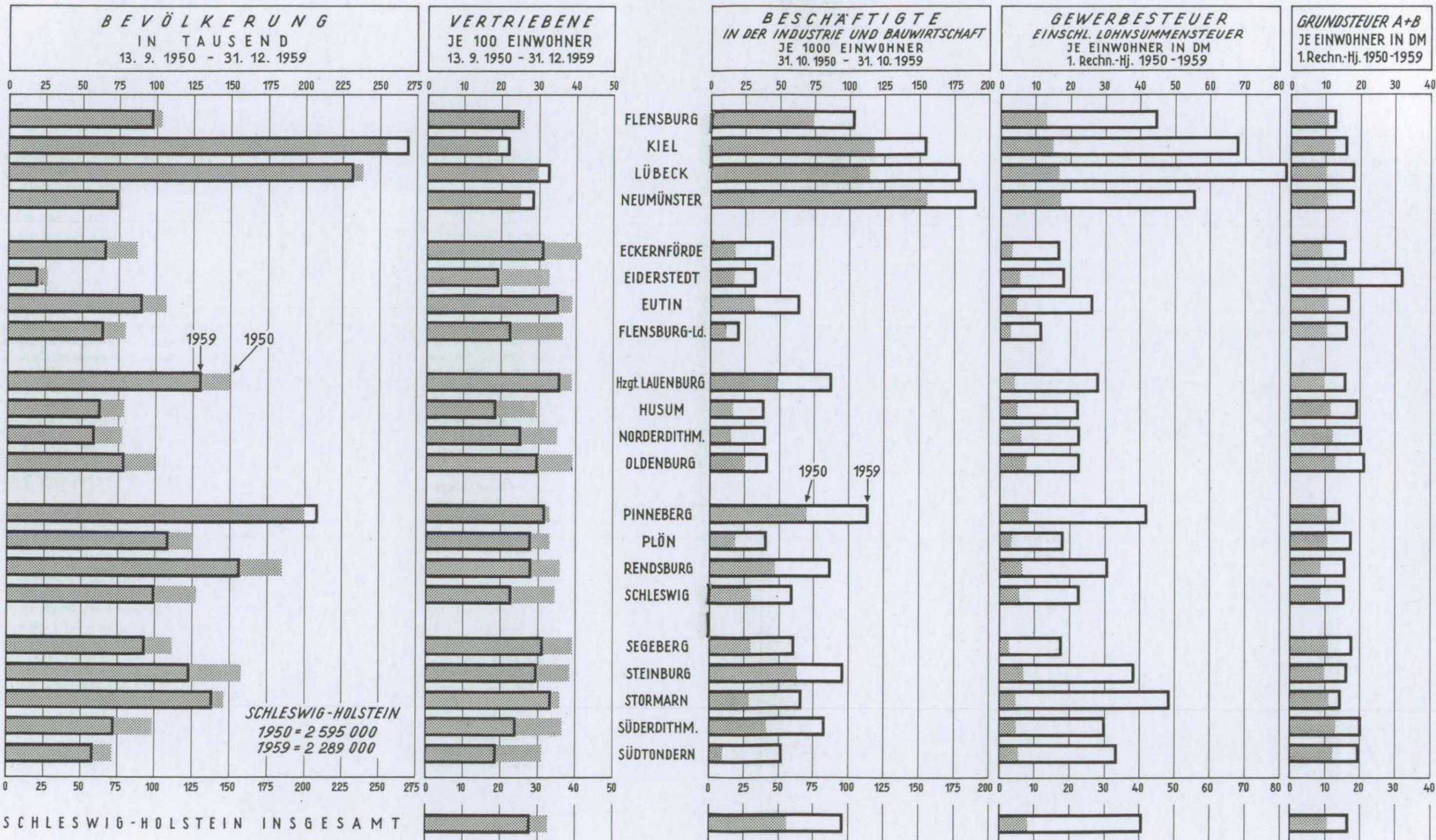
Luftkurorte und Erholungsorte

Der Anteil der Gemeindegruppe "Luftkurorte und Erholungsorte" am gesamten verfügbaren Bettenbestand der gewerblichen Betriebe in Schleswig-Holstein erhöhte sich von 1950 bis 1959 von 10% auf 12%. In der Zeit von 1950 bis 1954 vergrößerte sich der Bettenbestand zu 56%

DIE ENTWICKLUNG AUSGEWÄHLTER WIRTSCHAFTSDATEN 1950-1959



IN DEN KREISEN SCHLESWIG-HOLSTEINS



infolge Freigabe ehemals zweckentfremdeter Betten und in der Zeit von 1954 bis 1959 fast um denselben Prozentsatz infolge Neuzugangs an Betten. Durch die Neugliederung des Berichtskreises nahm der verfügbare Bettenbestand des gewerblichen Bereichs um 700 Betten oder 15% zu, jedoch ohne daß sich dadurch der Anteil dieser Gemeindegruppe geändert hätte.

Die Privatvermietung in den Gemeindegruppen

Das auffallendste Merkmal bei der Entwicklung der Beherbergungskapazitäten in sämtlichen Gemeindegruppen in den letzten zehn Jahren ist - wie eingangs bereits festgestellt wurde - der von Jahr zu Jahr ständig steigende Anteil der von Privatvermietern zur Verfügung gestellten Betten. Hierbei ist noch zu berücksichtigen, daß der Bettenbestand in den Erholungsheimen aus methodischen Gründen dem gewerblichen Sektor ganz zugerechnet wurde. Würde man den Bettenbestand derjenigen Erholungsheime, die ihrer Bestimmung nach nicht gewinnorientierte Gewerbebetriebe sind (Erholungsheime von privaten Unternehmungen, Behörden etc.) aus der Betrachtung herauslassen, dann wäre der An-

teil der Privatvermietung in den einzelnen Gemeindegruppen noch größer.

Besonders in den Seebädern nimmt die Privatvermietung seit längerem eine überragende Stellung ein. Seit 1954 stellen die Privatvermieter in den Ostseebadeorten mehr Betten für den Fremdenverkehr zur Verfügung als die gewerblichen Fremdenverkehrsbetriebe. In den Nordseebadeorten ist das seit 1957 der Fall.

Die Entwicklung der Bettenkapazitäten in den Gemeindegruppen nach Betriebsarten

Die Zusammensetzung des Beherbergungsangebots nach Betriebsarten hat sich von 1950 bis 1959 im gewerblichen Fremdenverkehrsbereich in den einzelnen Fremdenverkehrsgemeinden unterschiedlich entwickelt. Wie die Darstellung zeigt, entfiel der überwiegende Teil des verfügbaren Bettenbestandes in den Großstädten sowohl im Jahre 1950 als auch 1959 auf die Hotels und Gasthäuser.

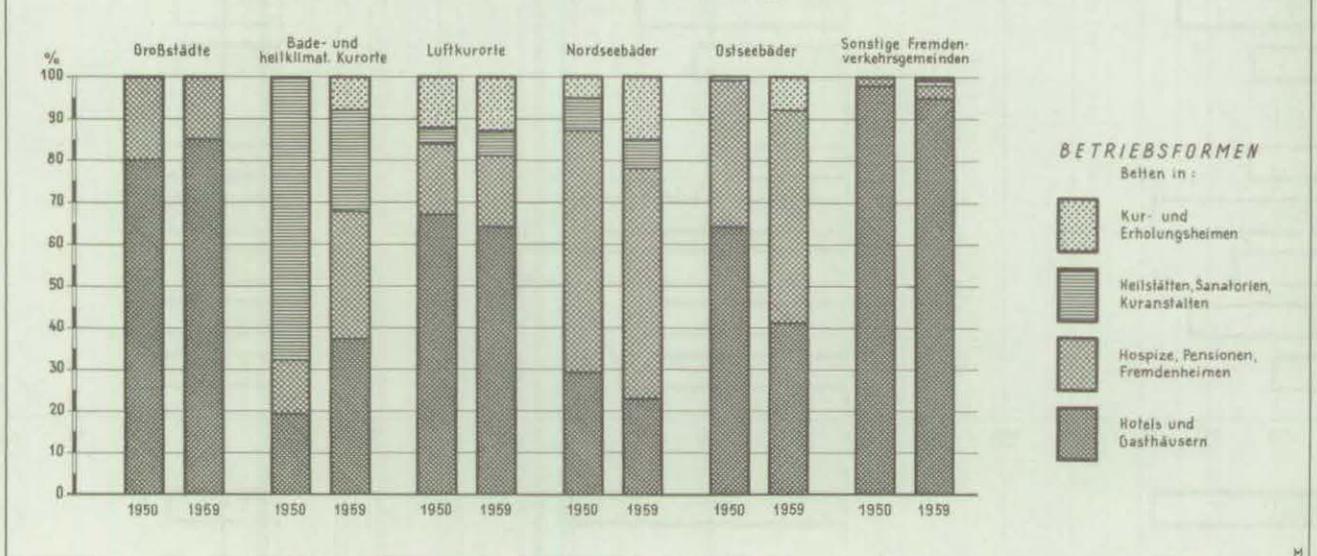
In den Bade- und heilklimatischen Kurorten befand sich die Mehrzahl der verfügbaren Betten (68%) im Jahre 1950 noch in Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten. 1959 hatten diese Betriebe nur noch einen Anteil von 25%. Dagegen stieg der Anteil der Hotels und Gasthäuser in dieser Gemeindegruppe in der gleichen Zeit von 19% auf 37%. Der Anteil der verfügbaren Betten in Hospizen, Pensionen und Fremdenheimen erhöhte sich von 13% auf 31%. Für eine Beurteilung dieser Veränderungen ist zu berücksichtigen, daß sie überwiegend eine Folge der Umstellung des Berichtskreises im Jahre 1954 ist. Damals ist - wie bereits erwähnt - die Fremdenverkehrsgemeinde Malente in diese Gemeindegruppe eingegliedert worden. Diese

Tab. 5 Der Anteil der Betten in Privatquartieren am gesamten verfügbaren Bettenbestand

Gemeindegruppe	Anteil der Betten in Privatquartieren		
	1.4.1950	1.4.1955	1.4.1959
	in %		
Großstädte	9	28	17
Bade- und heilklimatische Kurorte	0,2	15	23
Luftkurorte u. Erholungsorte	18	25	34
Nordseebäder	31	46	59
Ostseebäder	38	53	56
Sonstige Fremdenverkehrsgemeinden	0,1	11	16

D 2732

DER ANTEIL DER BETRIEBSFORMEN AM GWERBLICHEN FREMDENVERKEHR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN



Maßnahme ist sowohl für die Gesamtentwicklung als auch, da sich dort überwiegend Hotels, Gasthäuser und Pensionen befinden, für das gewerbliche Bettenangebot in dieser Gemeindegruppe bestimmend gewesen.

In den Luftkurorten haben sich die Anteile der einzelnen Betriebsformen von 1950 bis 1959 trotz der Umstellung des Berichtskreises kaum verändert. Lediglich der Anteil der Hotels und Gaststätten, die den Hauptteil der Bettenkapazität auch in dieser Gemeindegruppe in den letzten neun Jahren besaßen, ging von 67% auf 64% zurück.

In den Nordseebädern hat sich im Berichtszeitraum nur der Anteil der Kur- und Erholungsheime am gesamten verfügbaren Bettenbestand erhöht. Der größte Teil des verfügbaren Beherbergungsangebots entfiel sowohl im Jahre 1950 als auch 1959 in den Nordseebädern auf die Hospize, Pensionen und Fremdenheime. In den Ostseebädern befand sich der Hauptteil der gewerblichen Beherbergungskapazitäten 1950 in

Hotels und Gasthäusern, 1959 dagegen in Hospizen, Pensionen und Fremdenheimen.

In den sonstigen Fremdenverkehrsgemeinden entfiel der größte Teil der verfügbaren Bettenkapazität sowohl 1950 als auch 1959 auf die Hotels und Gasthäuser.

Neben dem Bettenbestand der gewerblichen Fremdenverkehrsbetriebe im engeren Sinne standen 1950 noch 1 663 Betten in 22 Jugendherbergen und 1959 5 749 Betten in 50 Jugendherbergen in den Fremdenverkehrsgemeinden des Landes zur Verfügung. Im Jahre 1951 wurden darüber hinaus erstmalig 122 Kinderheime statistisch erfaßt. Sie hatten in diesem Jahr einen Bestand von 7 683 Betten. 1959 gab es in den Fremdenverkehrsgemeinden des Landes in 153 Kinderheimen 12 396 Betten.

Dipl.-Volksw. Wilhelm Semmler

Vergleiche auch: "Der Fremdenverkehr im Jahre 1957/58" und "Die Beherbergungskapazität in den Fremdenverkehrsorten" in Stat. Monatsh. S.-H. 1959, S. 90 (April) bzw. 1958, S. 22 (Januar)

Die Verdienste der Landarbeiter in Schleswig-Holstein

Dieser Aufsatz schließt sich an einen Vorgänger an, in dem die methodischen Fragen der 1957 begonnenen laufenden Lohnerhebungen in der Landwirtschaft ausführlich behandelt wurden. Da inzwischen die Ergebnisse von drei Jahren zur Verfügung stehen, erscheint es angebracht, die Entwicklung der Landarbeiterlöhne aufzuzeigen und mit der Entwicklung der Löhne in der Industrie zu vergleichen. Das Lohnniveau in der Landwirtschaft läßt keine exakten Vergleiche mit den Lohnniveaus anderer Wirtschaftsbereiche zu; denn die Lohnstatistik in der Landwirtschaft ermittelt nur die Brutto-Barlöhne, die effektiven Werte der Naturalleistungen an Landarbeiter sind aus den laufenden Erhebungen nicht bekannt.

Die einbezogenen Landarbeiter

In Schleswig-Holstein haben sich die in der Landwirtschaft beschäftigten familienfremden Arbeitnehmer laut Arbeitsmarktstatistik auch in den letzten zwei Jahren von September 1957 bis September 1959 wieder merklich verringert. Im Zuge dieser Entwicklung verminderten sich die von der laufenden Lohnerhebung erfaßten Landarbeiter um ein Fünftel. Wie aus Tabelle 1 hervorgeht, änderte sich die Anzahl der einbezogenen Landarbeiter in den einzelnen Arbeitergruppen jedoch sehr unterschiedlich. So fiel die Verminderung der erfaßten Landarbeiter fast ausschließlich zu Lasten der Monatslöhner in Mittelbetrieben¹ aus, deren Anzahl um 45% ab-

Tab. 1 Die Anzahl der erfaßten Landarbeiter (jeweils September)

Arbeitergruppe	1957	1958	1959	
	Anzahl			Veränd. seit 1957 in %
Monatslöhner zusammen	848	691	551	- 35
männliche Monatslöhner	614	510	440	- 28
weibliche Monatslöhner	234	181	111	- 53
Monatslöhner in Mittelbetrieben	631	474	344	- 45
Monatslöhner in Großbetrieben	217	217	207	- 5
Männliche Stundenlöhner in Großbetrieben	611	636	615	+ 1
davon Landarbeiter	433	443	418	- 3
Spezialarbeiter	178	193	197	+ 11
Erfasste Arbeiter insgesamt	1 459	1 327	1 166	- 20

nahm, Im Gegensatz zu der beträchtlichen Verringerung der erfaßten familienfremden Arbeitskräfte in den Mittelbetrieben blieb der Bestand der von den Großbetrieben² gemeldeten Monatslöhner und männlichen Stundenlöhner nahezu unverändert; die Zahl der im Stundenlohn arbeitenden Spezialarbeiter nahm sogar zu.

Die hier zu beobachtenden Veränderungen in der Zusammensetzung der erfaßten Arbeitskräfte deuten an, daß sich in der Landwirtschaft nicht nur eine Verminderung, sondern gleichzeitig auch eine Umschichtung innerhalb der Arbeiterschaft vollzieht. Jedenfalls bei den Landarbei-

1) Betriebe mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von 20 ha bis unter 50 ha

2) Betriebe mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von 50 und mehr ha

tern über 18 bzw. 21 Jahren³ scheint das auf monatlicher Entlohnung und Familienanschluß beruhende Arbeitsverhältnis immer mehr an Bedeutung zu verlieren. Allein im Berichtszeitraum verkleinerte sich der Anteil der Monatslöhner an der Gesamtzahl der erfaßten Landarbeiter von 58% auf 47%.

Das Lohnniveau im September 1959

Im September 1959 erhielten die in mittelgroßen Betrieben beschäftigten männlichen Monatslöhner einen durchschnittlichen Brutto-Barlohn von 241 DM. Ihre in Großbetrieben arbeitenden Kollegen bekamen monatlich im Schnitt 23 DM mehr; das entspricht immerhin einem Vorsprung von knapp einem Zehntel. Hierbei muß berücksichtigt werden, daß sich unter den in Mittelbetrieben beschäftigten Monatslöhnern auch die höher qualifizierten Spezialarbeiter befinden, die in den Großbetrieben für sich erfaßt werden. Zur besseren Bezahlung in den Großbetrieben kommt noch hinzu, daß dort bekanntlich kürzere und regelmäßige Arbeitszeiten eingehalten werden. Diese Vorteile dürften mit dazu beigetragen haben, daß die Großbetriebe ihren Bestand an Monatslöhnern im Berichtszeitraum nahezu halten konnten.

Den weiblichen Monatslöhnern im Alter von mindestens 18 Jahren wurde in Großbetrieben durchschnittlich 14 DM oder 10% mehr bezahlt als in Mittelbetrieben (vergleiche Tabelle 2). Der Abstand zum Verdienst der männlichen Kollegen war recht erheblich. Der Frauenlohn in Prozent des entsprechenden Männerlohns betrug in beiden Betriebsgrößenklassen nur 58%. Würde man allerdings die Brutto-Barlöhne der männlichen und weiblichen Arbeiter um den gleichen Betrag, nämlich den Wert von Kost und Wohnung, erhöhen, dann wäre der prozentuale Verdienstabstand der Frauen nicht mehr ganz so groß.

Die in Großbetrieben beschäftigten männlichen Monats- und Stundenlöhner werden nach der Qualifikation in Landarbeiter und Spezialarbeiter gegliedert. Als Spezialarbeiter gilt ein Beschäftigter, zu dessen Tätigkeit eine besondere Ausbildung oder Berufserfahrung erforderlich ist, wie z. B. beim Treckerfahrer, Gutshandwerker und Schweinemeister. Die im Monatslohn stehenden Spezialarbeiter erhielten im Mittel 43 DM oder 16% mehr als ihre geringer qualifizierten Kollegen.

Die Landarbeiter im Stundenlohn bekamen im Schnitt 1,66 DM und die Spezialarbeiter 1,84 DM je Arbeitsstunde ausgezahlt. Legt man die bezahlten monatlichen Arbeitszeiten von 242 Stunden für Landarbeiter und 244 Stunden für Spezialarbeiter zugrunde, so errechnet sich als mo-

³) In die laufende Lohnerhebung in der Landwirtschaft werden die männlichen Landarbeiter vom 21. Lebensjahr und die weiblichen vom 18. Lebensjahr ab einbezogen

Tab. 2 Die Brutto-Barlöhne der Monatslöhner
(jeweils September)

Arbeitergruppe	1957	1958	1959	
	DM im Monat			Anstieg seit 1957 in %
Männliche Land- und Spezialarbeiter in Mittelbetrieben	217	224	241	+ 11
Männliche Landarbeiter in Großbetrieben	225	252	264	+ 17
Männliche Spezialarbeiter in Großbetrieben	294	280	307	+ 4
Weibliche Landarbeiter in Mittelbetrieben	134	133	139	+ 4
Weibliche Landarbeiter in Großbetrieben	137	134	153	+ 12

natlicher Brutto-Barlohn 402 DM bzw. 447 DM. Bei den im Stundenlohn arbeitenden Deputanten wurden zum Barlohn 51 Dpf je Stunde als Wert des Deputats hinzugeschlagen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Frage, ob die Stundenlöhner oder die Monatslöhner effektiv mehr für ihre Arbeitsleistung vergütet bekommen. Der Vergleich kann hier allerdings nur für die in Großbetrieben Beschäftigten angestellt werden. Als monatliche Barbeiträge und in Geld bewertetes Deputat erhielten die Landarbeiter im Stundenlohn 138 DM und die Spezialarbeiter im Stundenlohn 140 DM mehr als ihre entsprechenden Kollegen im Monatslohn. Die Antwort auf die Frage, wer effektiv besser entlohnt wird, hängt in erster Linie davon ab, welchen Wert man der Kost und Wohnung der Monatslöhner beimißt. Um den vergleichbaren Einkommenswert dieser Naturalleistungen zu ermitteln, muß man sich an den Marktpreisen dieser Güter orientieren, nicht an den Kosten, die dem Betriebsinhaber entstehen; denn die im Stundenlohn stehenden Freiarbeiter müssen für ihre Ernährung und Wohnung die vollen Marktpreise zahlen. Würde man nun im Monat für Kost 100 DM und für ein möbliertes Zimmer mit Bettwäsche und Handtüchern 40 DM veranschlagen, dann hätten die Stunden- und Monatslöhner einen gleich hohen durchschnittlichen Bruttoverdienst. Dieser Vergleich kann zwar nicht generell beantworten, in welcher Dienstform ein höheres Arbeitseinkommen erzielt wird, aber er gibt genügend sicheren Anhalt für die Behauptung, daß eventuell bestehende Differenzen zwischen den durchschnittlichen Bruttolöhnen der im Stundenlohn und im Monatslohn stehenden Landarbeiter nur unbedeutend gering sein können. Im Einzelfall werden die Verdienstunterschiede u. a. von der Qualität der Kost, der Ausstattung des Zimmers und den übrigen Verhältnissen, die mit der Hausgemeinschaft verbunden sind, abhängen.

Eine Gegenüberstellung der durchschnittlichen Effektivlöhne mit den entsprechenden Tariflohnsätzen zeigt, daß die Landarbeiter erheblich über Tarif bezahlt werden. Im September 1959

Tab. 3 Die Bruttolöhne der Stundenlöhner
(jeweils September)

Männliche Stundenlöhner	1957	1958	1959	
	DM je Stunde			Anstieg seit 1957 in %
Landarbeiter	1,44	1,58	1,66	+ 15
Spezialarbeiter	1,64	1,81	1,84	+ 12

erhielten die männlichen Monatslöhner im Mittel knapp ein Drittel mehr, als der jetzt geltende Lohnvertrag vom 28. Mai 1959 für sie vorsieht. Da der Tarif nicht nach der Betriebsgröße differenziert ist, war die übertarifliche Entlohnung in den besser bezahlenden Großbetrieben viel größer als in den Mittelbetrieben. So lagen die Brutto-Bruttolöhne der männlichen Monatslöhner in Großbetrieben 41% über Tarif, in Mittelbetrieben dagegen nur 27%. - Bei den weiblichen Monatslöhnern betrug der Überhang des Effektivlohns in Großbetrieben 13% und in Mittelbetrieben nur 3%. In der Landwirtschaft ist demnach die gleiche Erscheinung zu beobachten wie in der Industrie und im Handel, nämlich daß die übertarifliche Bezahlung bei den männlichen Arbeitnehmern erheblich größer ist als bei den weiblichen. - Der Effektivverdienst der männlichen Stundenlöhner in Großbetrieben lag im Schnitt um 6% über dem Tariflohnsatz.

Die Lohnentwicklung

In den zwei Jahren von September 1957 bis September 1959 sind die Löhne in der Landwirtschaft merklich angestiegen (vergleiche Tabelle 2 und 3). Bei den Monatslöhnern wurden für die einzelnen Arbeiterkategorien Zuwachsraten zwischen 4 und 17% festgestellt. Die Männer hatten im Schnitt stärkere Verdienststeigerungen zu verzeichnen als die Frauen. In den Großbetrieben wurden die Löhne stärker angehoben als in den Mittelbetrieben. Demnach haben sich die schon bestehenden Lohnunterschiede nach dem Geschlecht und der Betriebsgröße, auf die oben hingewiesen wurde, im Berichtszeitraum noch vergrößert. Die Differenzierung der Land-

arbeiterlöhne hinsichtlich der Qualifikation entwickelte sich gerade umgekehrt. Das gilt sowohl für Monats- als auch für Stundenlöhner. Während die schon 1957 am besten verdienenden männlichen Spezialarbeiter (in Großbetrieben) nur eine relativ geringe Lohnaufbesserung erfuhren, erzielten ihre weniger qualifizierten Kollegen den größten Lohnanstieg von allen Landarbeitern. Bei den Monatslöhnern verringerte sich infolgedessen der Abstand des Verdienstes der Landarbeiter von dem der Spezialarbeiter immerhin von 31% auf 16%. Für die Frage, ob mit dieser auffälligen Lohnanhebung für einfache Landarbeiter gleichzeitig eine Verbesserung der Qualifikation dieser Arbeitskräfte einherging, gibt es leider keine Anhaltspunkte.

Der Lohnanstieg in der Landwirtschaft läßt sich besser beurteilen, wenn man ihm die Entwicklungen früherer Perioden oder anderer Wirtschaftsbereiche gegenüberstellt. Vergleiche der ersten Art verbieten sich aber von selbst, da es erst seit 1957 laufende Lohnerhebungen in der Landwirtschaft gibt. Es bleibt folglich nur noch die Möglichkeit, die Lohnentwicklung in der Industrie als Vergleichsmaßstab heranzuziehen. - In den zwei Jahren von August 1957 bis August 1959 stiegen die Brutto-Stundenlöhne der männlichen Industriearbeiter im Schnitt um 15% und die der weiblichen um 19% an. In der gleichen Zeitspanne erhöhten sich die Brutto-Bruttolöhne der männlichen Monatslöhner um 13% und die der weiblichen um 7%. Die männlichen Stundenlöhner in der Landwirtschaft hatten die gleiche relative Lohnerhöhung zu verzeichnen wie die männlichen Industriearbeiter, nämlich + 15%. Abgesehen von den im Monatslohn arbeitenden Frauen haben die übrigen Landarbeiter im Mittel annähernd die gleichen Verdienstaufbesserungen erfahren wie die Industriearbeiter. Eine allmähliche Annäherung der Landarbeiterlöhne an das weitaus höhere Lohnniveau in der Industrie läßt sich demnach für den Berichtszeitraum keinesfalls feststellen.

Dr. Enno Heeren

Vergleiche auch: "Die Verdienste der Landarbeiter in Schleswig-Holstein" in Stat. Monatsh. S.-H. 1958, S. 122 (Mai) und "Die Arbeiterverdienste in der Landwirtschaft im September 1958" in Wirtschaft und Statistik 1959, S. 46 (Januar)

Kurzberichte

Die Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen 1952-1959

Die Abgrenzung des Personenkreises der Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen ist im Bundesversorgungsgesetz (BVG) festgelegt. Bei den fünf Versorgungssämtern des Landes (Kiel, Lübeck, Flensburg, Schleswig, Heide) wird eine

Statistik der Versorgungsfälle geführt. Diese Statistik umfaßt indessen nicht alle Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen, sondern prinzipiell nur solche, die einen Anspruch auf Rente haben und effektiv nur diejenigen, die ihren Versorgungsanspruch geltend gemacht haben.

Ende Juni 1959 wurden in Schleswig-Holstein

rund 51 000 Beschädigtenrenten und 109 000 Hinterbliebenenrenten gezählt. Die Zusammensetzung der Beschädigten hinsichtlich der zuerkannten Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE) geht aus der folgenden Aufstellung hervor:

Von 100 KB-Rentnern hatten	eine MdE von ... %
36,5	30
15,0	40
19,9	50
5,4	60
12,6	70
4,9	80
0,8	90
5,0	100

Gut die Hälfte aller versorgungsberechtigten Kriegsbeschädigten war mit einer MdE von 30% oder 40% eingestuft; sie erhalten nur die sogenannte Grundrente. Die übrigen 24 515 mit einer MdE von 50% bis 100% sind Schwerkriegsbeschädigte; ihnen wird außer der Grundrente noch eine Ausgleichsrente gewährt, wenn sie eine zumutbare Erwerbstätigkeit nicht ausüben können und ihr Lebensunterhalt nicht auf andere Weise sichergestellt ist.

Unter den 109 000 Kriegshinterbliebenen waren die Witwen und Halbwaisen die beiden stärksten Personengruppen, wie die folgende Übersicht zeigt:

Von 100 Hinterbliebenenrenten entfielen auf

Witwen	56
Halbwaisen	30
Vollwaisen	2
Elternteile	9
Elternpaare	3

Bemerkenswert ist, daß es in Schleswig-Holstein immerhin knapp 11 000 mehr Kriegerwitwen als Kriegsbeschädigte gab. Ende 1958 war jeder zehnte weibliche Einwohner im Alter von 30 bis 70 Jahren eine versorgungsberechtigte Kriegerwitwe und jeder neunte Mann in der gleichen Altersklasse ein KB-Rentenempfänger.

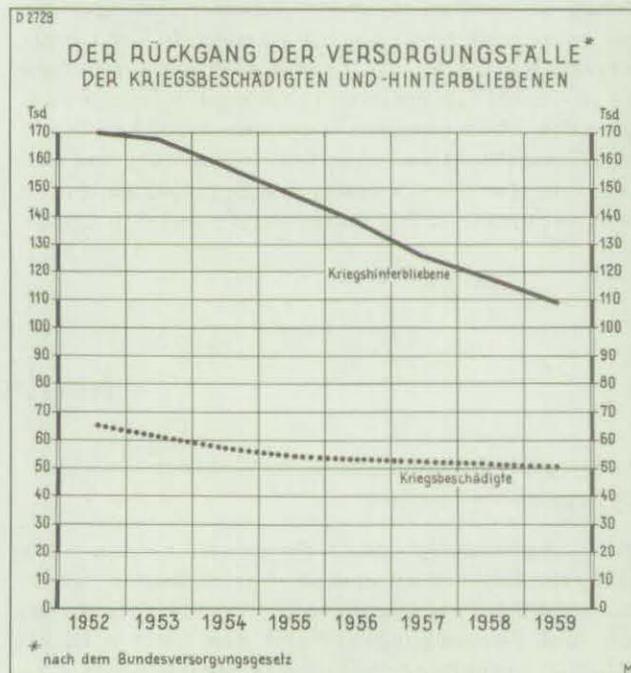
Die Versorgungsfälle nach dem BVG in Schleswig-Holstein

	31.7. 1952	30.6. 1959	Veränderung	
			absolut	in %
Kriegsbeschädigte	65 099	50 527	- 14 572	- 22,4
davon mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von				
30 %	24 992	18 424	- 6 568	- 26,3
40 %	9 229	7 588	- 1 641	- 17,8
50 %	13 350	10 056	- 3 294	- 24,7
60 %	3 085	2 747	- 338	- 11,0
70 %	8 805	6 354	- 2 451	- 27,8
80 %	2 148	2 465	+ 317	+ 14,8
90 %	365	384	+ 19	+ 5,2
100 %	3 125	2 509	- 616	- 19,7
Kriegshinterbliebene	170 159	108 984	- 61 175	- 36,0
davon				
Witwen	66 288	61 075	- 5 213	- 7,9
Halbwaisen	93 644	33 228	- 60 416	- 64,5
Vollwaisen	3 764	1 870	- 1 894	- 50,3
Elternteile	5 026	9 395	+ 4 369	+ 86,9
Elternpaare	1 437	3 416	+ 1 979	+ 137,7
Versorgungsfälle insgesamt	235 258	159 511	- 75 747	- 32,2

Aus der Abbildung geht hervor, daß die Zahl der Versorgungsfälle stetig abnahm. In den sieben Jahren von Mitte 1952 bis 1959 belief sich die Verminderung der Renten insgesamt auf fast 76 000, das entspricht einem Rückgang um ein Drittel. Im Jahre 1952 kamen auf 1 000 der Bevölkerung noch 98 Versorgungsfälle in Schleswig-Holstein, 1959 indessen nurmehr 70. In den einzelnen Versorgungsarten veränderten sich die Rentenbestände allerdings ziemlich uneinheitlich. Bis auf die Renten der Elternversorgung und der KB-Rentner mit einer MdE von 80% und 90% haben zwar alle übrigen Rentenkategorien an zahlenmäßiger Bedeutung verloren, aber in recht unterschiedlichem Ausmaß.

Bei weitem am stärksten haben sich die Waisenrenten verringert; ihr Bestand hat seit 1952 um fast zwei Drittel abgenommen. Diese Verminderung macht allein 82% des gesamten Rentenwegfalls aus. Die Waisen erhalten im Normalfall bis zum vollendeten 18. Lebensjahr, im Falle einer längeren Schul- und Berufsausbildung höchstens bis zum vollendeten 25. Lebensjahr Rente. Es liegt auf der Hand, daß in absehbarer Zeit auch die restlichen 35 000 Waisen aus den für die Rente maßgeblichen Altersstufen herausgewachsen sein werden. Mitte 1952 waren die Waisenrenten noch zu 41% an der Gesamtzahl der Versorgungsfälle beteiligt, Ende Juni 1959 dagegen nur noch zu 22%.

Der Bestand an Beschädigtenrenten hat sich seit 1952 um gut ein Fünftel vermindert. In den einzelnen Stufen der MdE war die Entwicklung sehr unterschiedlich. Auffallend ist, daß die Renten der Schwerbeschädigten mit einer MdE von 80% und 90% entgegen der allgemeinen Tendenz zugenommen haben. Dies dürfte vor allem auf Umgruppierungen zurückzuführen sein.



Die Zunahme der Renten für Elternteile und -paare hängt mit den besonderen gesetzlichen Bestimmungen dieser Versorgungsart zusammen. Die Eltern eines Kriegsbeschädigten haben im Falle der Bedürftigkeit Anspruch auf Elternrente, wenn der Beschädigte infolge seiner Schädigung gestorben ist, und wenn er der Ernährer gewesen ist oder geworden wäre. Eine Mutter gilt als bedürftig, wenn sie das 50., ein Vater, wenn er das 65. Lebensjahr vollendet hat. Viele der in Frage kommenden Mütter und Väter haben sicherlich erst in den letzten 7 Jahren die betreffenden Altersstufen erreicht und somit die Ausweitung der Elternversorgung bewirkt. Auch spielt mit, daß die Antragsfrist für Elternrenten erst Ende 1958 abgelaufen ist, während die übrigen Renten in der Regel nur bis Ende 1953 beantragt werden konnten.

He.

Vergleiche auch: "Kriegs- und Schwerbeschädigte 1955 und 1956" in Stat. Monatsh. S.-H. 1957, S. 122 (April)

Der Personenkreis des Schwerbeschädigtengesetzes¹ 1954-1959

Das Schwerbeschädigtengesetz soll in erster Linie all die Beschädigten mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE) von 50 und mehr Prozent schützen und in das Erwerbsleben eingliedern, die ihre Schädigung infolge des Krieges und der Besatzung, durch nationalsozialistische Verfolgungs- und Unterdrückungsmaßnahmen oder während der Berufsausübung erlitten haben. Außerdem sind alle von Geburt auf Blinden Schwerbeschädigte im Sinne dieses Gesetzes. Alle übrigen Körperbehinderten, auch wenn sie schwererwerbsbeschränkt² sind, fallen nicht unter den Schwerbeschädigtenbegriff; entscheidend für die Anerkennung ist die Schädigungsursache.

Auf Antrag können jedoch minderbeschädigte³ Kriegs- und Arbeitsopfer und schwererwerbsbeschränkte Körperbehinderte den Schwerbeschädigten gleichgestellt werden. Wie die Zahlen in der Tabelle zeigen, ist in den letzten fünf Jahren von dieser Möglichkeit in zunehmendem Maße Gebrauch gemacht worden.

Mitte 1959 wurden in Schleswig-Holstein rund 28 000 Schwerbeschädigte und 7 000 Gleichge-

stellte registriert. Von 100 Schwerbeschädigten waren

88 kriegsbeschädigt
8 unfallgeschädigt⁴
4 blind

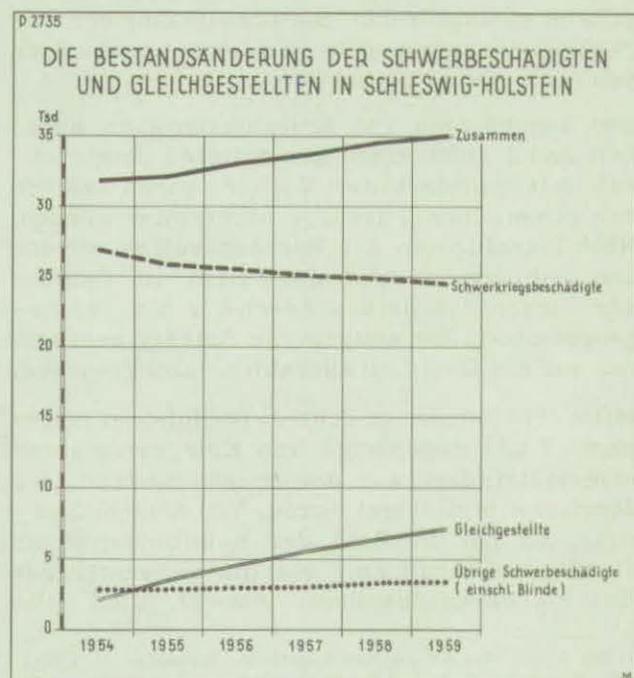
und von 100 Gleichgestellten waren

53 kriegsbeschädigt
40 schwererwerbsbeschränkt
7 minderbeschädigt.

Der Personenkreis des Schwerbeschädigtengesetzes
in Schleswig-Holstein

	30. 6. 1954	30. 6. 1959	Veränderung	
			absolut	in %
Schwerkriegsbeschädigte	26 968	24 515	- 2 453	- 9
Übrige Schwerbeschädigte (ohne Blinde)	1 872	2 195	+ 323	+ 17
Blinde	922	1 150	+ 228	+ 25
Gleichgestellte	2 063	7 095	+ 5 032	+ 244
davon				
Kriegsbeschädigte	995	3 743	+ 2 748	+ 276
Schwererwerbsbeschränkte	878	2 824	+ 1 946	+ 222
Minderbeschädigte	190	528	+ 338	+ 178
Zusammen	31 825	34 955	+ 3 130	+ 10

In der Zeit von Mitte 1954 bis 1959 hat sich der Personenkreis des Schwerbeschädigtengesetzes um fast 10% vergrößert. Bei diesem Ergebnis handelt es sich allerdings um einen Saldo aus den verschiedenen Bestandsänderungen der einzelnen unter das Gesetz fallenden Personengruppen. Vermindert haben sich im Berichtszeitraum nur die Schwerkriegsbeschädigten, die Abnahme betrug 9%. Diese Beschädigtenkategorie kann naturgemäß nur noch abnehmen, da die Abgänge durch Tod und Abwanderung stets zahlreicher sein werden als die Zuwanderungen.



4) einschl. der wenigen NS- und Besatzungsgeschädigten

1) Das Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 16. Juni 1953

2) schwererwerbsbeschränkt ist ein Körperbehinderter, wenn seine MdE 50 % und mehr beträgt

3) mit einer MdE von 30 % bis unter 50 %

Alle übrigen Personengruppen haben an zahlenmäßiger Bedeutung gewonnen und zwar so stark, daß sich per Saldo insgesamt die oben erwähnte Zunahme ergab. Bei weitem am meisten nahm die Zahl der Gleichgestellten zu, ihr Bestand erhöhte sich in diesen fünf Jahren nahezu um das Zweieinhalbfache, ihr Anteil an der Gesamtheit stieg von 6% auf 20%. Diese Ausweitung hängt damit zusammen, daß immer mehr Kriegsbeschädigte mit einer MdE unter 50%, Schwererwerbsbeschränkte und Mindergeschädigte die im Schwerbeschäftigtengesetz verankerten Rechte auch für sich in Anspruch nehmen wollten und deshalb die Gleichstellung beantragten.

Bei den blinden Schwerbeschädigten wurde die statistische Erfassung im Berichtszeitraum verbessert, somit kann nicht gesagt werden, ob sie wirklich zugenommen haben oder ob schon vorher dagewesene Blinde durch die methodische Änderung erst einbezogen worden sind. Das Gleiche gilt für die "übrigen Schwerbeschädigten".

He.

Vergleiche auch: "Kriegs- und Schwerbeschädigte 1955 und 1956" in Stat. Monatsh. S.-H. 1957, S. 122 (April)

Die Unterhaltsbeihilfen für Angehörige von Kriegsgefangenen 1953 - 1959

Nach der Wiedereingliederung der in den Jahren 1953 bis 1956 in die Bundesrepublik zurückgekehrten Spätheimkehrer aus der Sowjet-Union hat die Unterstützung der Angehörigen von Kriegsgefangenen ganz erheblich an Bedeutung verloren. In nicht allzu langer Zeit dürfte sich diese als Folge des Krieges entstandene öffentliche Aufgabe von selbst erübrigen; deshalb erscheint es angebracht, die Entwicklung der Angehörigenversorgung in den letzten sechs Jahren noch einmal darzustellen.

Die Angehörigen von Kriegsgefangenen haben seit April 1950 einen gesetzlichen Anspruch¹ auf Unterhaltsbeihilfe. Vorher waren sie von der öffentlichen Fürsorge unterstützt worden. Nach Inkrafttreten des Bundesgesetzes wurden die Beihilfeleistungen nicht mehr im Rahmen der Fürsorgestatistik sondern von den Versorgungsämtern, die seitdem die Anträge bearbeiten und die Beihilfen auszahlen, nachgewiesen.

Mitte 1953 wurden in Schleswig-Holstein insgesamt 1 223 Angehörige von Kriegsgefangenen unterstützt; dies war der größte Bestand, der überhaupt registriert wurde. Von diesem Zeitpunkt ab hat die Zahl der Beihilfeempfänger ständig abgenommen, wie die nebenstehende Graphik veranschaulicht. Am 30. Juni 1959

1) Das Gesetz über die Unterhaltsbeihilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen vom 13. Juni 1950 und das Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über die Unterhaltsbeihilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen vom 30. April 1952



gab es nur noch 39 Unterstützungsfälle für insgesamt 65 Personen. Die Zahl der unterstützten Angehörigen hat sich somit in den letzten sechs Jahren auf 5% des maximalen Bestandes von Mitte 1953 verringert, während der jährliche Aufwand für die Zahlung der Beihilfen im gleichen Zeitraum nur auf 11% des Betrages von 1953 zurückging. Der durchschnittliche Unterstützungssatz hat sich also erhöht. Im zweiten Quartal 1953 betrug die durchschnittliche monatliche Beihilfe je Person 47 DM, dagegen im gleichen Quartal dieses Jahres immerhin 74 DM.

Die statistischen Nachweisungen über die Angehörigenversorgung geben auch Aufschluß über die Zusammensetzung der unterstützten Personen. Die Mitte 1953 versorgten Angehörigen von Kriegsgefangenen waren zu

- 40 % Ehefrauen
- 54 % mitunterstützte Kinder
- 6 % selbständig unterstützte Kinder und unterhaltsberechtigende Verwandte

In den sechs Jahren seit 1953 hat sich die Zahl der mitunterstützten Kinder relativ stärker vermindert als die der Ehefrauen. Dies Ergebnis erklärt sich daraus, daß die Unterhaltsberechtigung für die Kinder von Kriegsgefangenen nicht nur mit der Heimkehr des Vaters hinfällig wird, sondern auch dadurch, daß sie aus dem die Unterstützung begrenzenden Alter von 18 oder 25 Jahren herauswachsen. Am 30. Juni 1959 haben sich die Anteile der Frauen und Kinder infolgedessen gerade umgekehrt. Der geringe Anteil der selbständig unterstützten Kinder und der unterhaltsberechtigenden Verwandten ist unverändert geblieben. Es handelte sich also bei den Beihilfeempfängern stark überwiegend um mit ihren Kindern zusammenlebende Ehefrauen.

He.

Vergleiche auch: "Die Unterhaltsbeihilfen für Angehörige von Kriegsgefangenen" in Stat. Monatsh. S.-H. 1955, S. 102 (März)

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe*	Einheit	1950	1958	1958/59			1959/60			
		Monats-Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Bevölkerungsstand (Monatsende)										
*Wohnbevölkerung insgesamt	1000	2 598	2 269	2 274	2 276	2 278	2 289
darunter										
Vertriebene ¹⁾										
*Anzahl	1000	856 ^a	639	640	641	641	642
in % der Wohnbevölkerung		33	28	28	28	28	28
Zugewanderte 2)										
*Anzahl	1000	134 ^a	143	145	145	146	150
in % der Wohnbevölkerung		5	6	6	6	6	7
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen 3)										
*Anzahl		2 078	1 654	1 552	1 595	1 008	1 820	1 466
* auf 1 000 der Bevölkerung und 1 Jahr		9,6	8,8	8,3	8,3	5,2	9,4	7,8
Lebendgeborene 4)										
*Anzahl		3 448	2 867	2 784	3 115	2 974	2 968	2 787
* auf 1 000 der Bevölkerung und 1 Jahr		15,9	15,2	14,9	16,1	15,4	15,3	14,8
Gestorbene 5) (ohne Totgeborene)										
insgesamt										
*Anzahl		2 059	2 173	2 040	2 310	2 239	2 154	2 208
* auf 1 000 der Bevölkerung und 1 Jahr		9,5	11,5	10,9	12,0	11,6	11,1	11,7
darunter										
im ersten Lebensjahr										
*Anzahl		172	93	79	91	90	87	81
* je 100 Lebendgeborene		5,0	3,3	2,8	2,9	3,0	2,9	2,9
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben										
*Anzahl		+ 1 389	+ 694	+ 744	+ 805	+ 735	+ 814	+ 579
* auf 1 000 der Bevölkerung und 1 Jahr		+ 6,4	+ 3,7	+ 4,0	+ 4,2	+ 3,8	+ 4,2	+ 3,1
Wanderungen										
*Zuzüge über die Landesgrenze		5 323	6 523	6 037	6 442	7 423	8 362
darunter										
Vertriebene		2 173	1 823	1 606	1 669	1 894	1 953
Zugewanderte			903	948	1 089	1 124	1 202
*Fortzüge über die Landesgrenze		14 284	6 263	6 312	5 367	5 827	8 502
darunter										
Vertriebene		9 662	1 837	1 763	1 649	1 705	2 363
Zugewanderte			657	817	676	729	1 067
*Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)		- 8 961	+ 260	- 275	+ 1 075	+ 1 596	- 140
darunter										
Vertriebene		- 7 489	- 14	- 157	+ 20	+ 189	- 410
Zugewanderte			+ 246	+ 131	+ 413	+ 395	+ 135
*Umzüge innerhalb des Landes ⁶⁾		11 614	9 666	10 363	9 110	8 688	12 783
Wanderungsfälle 6)										
insgesamt										
Anzahl		31 221	22 452	22 712	20 919	21 938	29 647
auf 1 000 der Bevölkerung und 1 Jahr ⁷⁾		198	170	177	156	158	218
darunter										
Umsiedler		6 329 ^b	609	737	710	578	516	462	516	284
davon nach										
Nordrhein-Westfalen		511	326	343	413	353	200	263	254	98
Baden-Württemberg		2 602	43	81	62	35	16	43	33	18
Rheinland-Pfalz		2 928	10	11	13	3	21	8	13	7
Hessen		238	12	6	25	11	10	28	2	7
Hamburg		41	218	296	197	176	269	120	214	154
Bremen		9	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeitslage										
*Beschäftigte Arbeitnehmer ⁸⁾	1000	624 ⁺	741 ⁺	.	715	.	.	.	745	.
darunter										
*Männer	1000	429 ⁺	494 ⁺	.	477	.	.	.	499	.
*Arbeitslose										
insgesamt										
Anzahl	1000	210	50	37	65	91	19	23	41	44
je 100 Arbeitnehmer		25,2	6,3	4,7	8,3	11,6	2,4	2,9	5,2	5,6
darunter										
*Männer	1000	146	31	20	43	69	10	13	27	31
Vertriebene	1000	119 ^c	18	.	20	.	.	.	12	.

) Die mit einem vorangestellten Stern () versehenen Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
+ = Vierteljahresdurchschnitt

1) Vertriebene sind Deutsche, die am 1. 9. 1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31. 12. 1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 2) Zugewanderte sind Deutsche, die am 1. 9. 1939 in Berlin oder der sowjetischen Besatzungszone gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 3) nach dem Ereignisort 4) nach der Wohngemeinde der Mutter 5) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 6) ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 7) unter Berücksichtigung des gesamten Wanderungsvolumens (Zu- und Fortzüge innerhalb des Landes und über die Landesgrenze) 8) Arbeiter, Angestellte und Beamte
a) am 13. 9. 1950 b) ohne Anrechnungsfälle c) Vertriebene und Zugewanderte

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1958	1958/59			1959/60			
		Monats-Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
*Rinder (einschl. Kälber)	1000	999 ^d	1 129 ^d	.	1 129	.	.	.	1 196	.
darunter										
*Milchkühe	1000	458 ^d	426 ^d	.	426	.	.	.	441	.
*Schweine	1000	1 031 ^d	1 279 ^d	.	1 279	.	.	.	1 328	.
darunter										
*Zuchtsauen	1000	107 ^d	126 ^d	.	126	.	.	.	135	.
darunter										
*trächtig	1000	68 ^d	77 ^d	.	77	.	.	.	86	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 St	7	14	20	14	12	36	24	16	...
*Kälber	1000 St	14	5	5	6	6	4	5	7	...
*Schweine	1000 St	45	81	89	110	98	70	95	102	...
darunter										
*Hausschlachtungen ⁹⁾	1000 St	18 ^e	15 ^f	26	42	35	5	26	36	...
*Gesamtschlachtgewicht (einschl. Schlachtfette)	1000 t	5,0	9,3	10,3	9,6	8,8	14,6	12,1	9,7	...
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 t	1,6	3,0	4,4	3,1	2,6	8,3	5,3	3,3	...
*Schweine	1000 t	2,6	5,9	5,5	6,0	5,7	5,9	6,4	5,9	...
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
*Rinder	kg	226	223	241	225	230	235	238	220	...
*Kälber	kg	26	49	47	48	51	46	44	47	...
*Schweine	kg	98	89	88	88	90	90	92	89	...
Milcherzeugung										
*Kuhmilcherzeugung	1000 t	130	142	105	122	132	91	107	125	...
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	9,9	10,8	8,1	9,2	10,0	6,9	8,4	9,5	...
*Milchanlieferung an Molkereien										
in % der Gesamterzeugung	%	86	87	84	84	85	85	85	86	...
INDUSTRIE¹⁰⁾										
*Beschäftigte	1000	109	164	162	159	156	167	166	162	...
darunter										
*Arbeiter ¹¹⁾	1000	91	136	134	131	128	138	137	134	...
*Geleistete Arbeiterstunden ¹²⁾	1000	18 055	24 439	24 198	24 063	23 151	26 060	24 591	24 726	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	20,4	53,1	52,1	50,1	51,3	58,5	57,5	62,0	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	5,6	16,5	16,6	21,5	16,6	17,7	18,5	21,7	...
*Brennstoffverbrauch	1000 SKE ¹³⁾	81	74	80	81	64	69	68	71	...
Gasverbrauch	1000 Nm ³	.	11 858	10 988	9 961	9 259	10 110	10 381	10 354	...
Heizölverbrauch	1000 t	.	31	38	39	37	47	49	46	...
*Stromverbrauch	Mill. kWh	30	72	79	76	72	83	84	80	...
*Stromerzeugung (netto der industriellen Eigenanlagen)	Mill. kWh	11	21	24	23	22	26	26	22	...
*Umsatz ¹⁴⁾	Mill. DM	201	479	549	524	427	513	540	584	...
darunter										
*Auslandsumsatz	Mill. DM	10	65	103	65	55	40	92	125	...
Index der industriellen Produktion										
Gesamte Industrieproduktion										
einschl. Energie und Bau	1950=100	115 ^{g)}	224	251	240	201	251	r 262
darunter Erzeugnisse des/der										
Erdölgewinnung		107	592	601	585	573	601	599	632	...
Industrie der Steine und Erden		111	193	221	173	104	267	r 240	173	...
Hochofen- und Stahlwerke		106	157	134	155	109	110	106	114	...
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien		99	112	112	110	103	r 130	r 135	125	...
Mineralölverarbeitung		117	688	727	846	722	r 890	r 761	996	...
Gummi- und Asbestverarbeitung		122	741	760	752	759	835	r 968	939	...
Sägewerke und Holzbearbeitung		94	99	92	83	79	104	104	89	...
papierherstellende Industrie		102	256	284	231	265	275	305	246	...
Schiffbaues		126	311	322	336	315	299	r 311	316	...
Maschinenbaues		134	272	380	353	204	277	r 257	269	...
elektrotechnischen Industrie		144	508	596	519	r 413	519	565	545	...
feinmechanischen und optischen Industrie		159	608	639	840	491	r 691	r 763	797	...
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie										
(einschl. Sportwaffen)		119	166	185	182	152	203	240	248	...
ledererzeugende Industrie		97	115	111	110	110	110	122	113	...
Schuhindustrie		102	216	235	175	190	202	r 240	180	...
Textilindustrie		118	194	189	186	165	192	206	184	...
Bekleidungsindustrie		115	127	127	95	101	142	126	95	...
Fleischwarenindustrie		137	169	186	166	164	194	r 215	199	...
fischverarbeitende Industrie		143	189	244	185	r 175	285	261	231	...
Molkereien und milchverarbeitende Industrie		102	121	88	101	104	69	95	109	...
tabakverarbeitende Industrie		114	227	259	191	210	239	241	232	...
Bauproduktion		92	189	234	195	104	231	244

9) gewerbliche Schlachtungen 10) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten); ohne Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauwirtschaft 11) einschl. gewerblicher Lehrlinge 12) einschl. Lehrlingsstunden 13) eine Steinkohleeinheit = 1 t Steinkohle oder Steinkohlenkoks oder -briketts; = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle 14) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren d) Dezember e) ø Winterhalbjahr 1950/51 = 35 f) ø Winterhalbjahr 1958/59 = 25 g) hier und bei allen folgenden Industriegruppen: 1951

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1958	1958/59			1959/60				
		Monats-Durchschnitt			Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG											
*Stromerzeugung (brutto) der öffentlichen Kraftwerke	Mill. kWh	66	110	127	132	127	123	124	131	...	
*Stromverbrauch 15)	Mill. kWh	70	143	160	170	167	166	171	192	...	
*Gaserzeugung (brutto) der öffentlichen Werke 16)	Mill. cbm	11	17	18	19	19	17	17	19	...	
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN											
Bauhauptgewerbe 17)											
*Beschäftigte		39 835	55 228	61 344	52 250	36 878	61 936	60 858	
*Geleistete Arbeitsstunden	1000	6 800	9 286	10 447	9 069	4 998	10 835	10 118	
darunter											
*für Wohnungsbauten	1000	3 278	4 157	4 835	4 293	2 476	5 035	4 713	
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	8,5	22,4	25,9	24,4	12,4	29,2	27,3	
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	0,5	1,5	1,5	2,0	1,5	1,6	1,7	
*Umsatz	Mill. DM	24,3	70,3	85,0	91,4	52,4	100,6	88,8	
Baugenehmigungen 18)											
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile) 19)		726	922	1 004	939	668	984	1 165	947	...	
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		347	458	493	387	398	633	537	512	...	
Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	22,2	60,9	64,4	56,3	43,5	64,8	89,1	81,2	...	
darunter für Wohngebäude	Mill. DM	16,9	42,4	46,5	43,5	34,2	46,8	69,5	50,8	...	
*Umbauter Raum in allen Gebäuden (ohne Gebäudeteile)	1000 cbm	757	1 069	1 098	957	775	1 118	1 409	1 376	...	
darunter											
*in Wohngebäuden	1000 cbm	536	691	750	691	562	681	1 033	764	...	
*Wohnungen 20)		2 306	2 109	2 295	2 050	1 808	2 012	3 124	2 341	...	
darunter											
*in ganzen Wohngebäuden		2 061	1 879	2 082	1 881	1 559	1 762	2 939	2 166	...	
Baufertigstellungen											
Wohnungen 21)		1 478	1 533	1 594	7 720	379	2 394	2 342	9 567	...	
Wohnräume 22)		4 026	6 064	6 401	30 914	1 518	9 373	9 265	37 843	...	
HANDEL											
Index der Einzelhandelsumsätze											
*insgesamt	1958=100	.	100	98	147	91	107	102	154	...	
davon											
*Nahrungs- und Genußmittel		.	100	95	129	96	110	101	140	...	
*Bekleidung, Wäsche, Schuhe		.	100	105	183	92	103	104	180	...	
*Hausrat und Wohnbedarf		.	100	113	165	85	111	115	169	...	
*Sonstige Waren		.	100	95	145	88	104	101	152	...	
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost											
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM	824	308	472	395	185	608	12 339	806	...	
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 309	1 211	1 472	2 614	1 096	1 144	722	7 094	...	
Handel mit Berlin [West]											
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 861	8 126	9 160	10 942	8 459	14 136	15 028	14 235	...	
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	13 045	28 087	32 417	26 369	29 092	40 113	41 223	36 843	...	
Ausfuhr nach Warengruppen 23)											
*insgesamt	Mill. DM	7,2	67,7	72,7	83,7	65,8	89,2	112,3	
davon Güter der											
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	0,7	5,1	5,7	6,7	4,5	7,7	9,7	
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	6,5	62,6	67,1	77,0	61,3	81,6	102,6	
davon											
*Rohstoffe	Mill. DM	0,2	2,0	1,6	1,7	1,5	3,1	2,3	
*Halbwaren	Mill. DM	2,3	4,8	5,4	5,4	3,8	7,8	6,0	
*Fertigwaren	Mill. DM	4,0	55,8	60,0	69,9	56,0	70,7	94,3	
davon											
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	0,5	2,8	2,7	4,2	3,8	3,6	3,0	
*Enderzeugnisse	Mill. DM	3,5	53,0	57,3	65,6	52,2	67,1	91,4	
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern 23)											
Schweden	Mill. DM	0,6	6,3	3,8	4,3	23,7	4,7	29,7	
Dänemark	Mill. DM	0,8	3,7	2,8	4,5	5,2	6,7	27,3	
Niederlande	Mill. DM	0,6	6,1	3,7	5,1	4,9	19,3	11,6	
Sowjetunion	Mill. DM	-	5,8	0,5	22,4	0,3	0,5	6,6	
Indien	Mill. DM	0,0	0,8	0,3	0,2	1,0	1,3	3,3	
Großbritannien	Mill. DM	0,1	3,2	2,3	4,3	4,2	25,7	3,0	
USA	Mill. DM	0,3	1,8	2,5	2,9	1,5	2,8	2,9	
Frankreich	Mill. DM	0,1	1,3	0,9	1,1	1,0	2,2	2,5	
VERKEHR											
Seeschifffahrt 24)											
Güterempfang	1000 t	141	371	384	374	321	409	366	
Güterversand	1000 t	86	102	104	101	90	124	103	
Binnenschifffahrt											
*Güterempfang	1000 t	.	126	150	151	111	126	134	140	...	
*Güterversand	1000 t	.	195	220	205	112	264	214	174	...	

15) einschl. Verluste 16) einschl. des vom Metallhüttenwerk Lübeck erzeugten Stadtgases 17) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet), 1959 = vorläufige Zahlen 18) baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben 19) bis 1955: Neubau, Wiederaufbau und Umbau ganzer Gebäude, ab 1956: nur Neubau und Wiederaufbau 20) 1950 - 1955: Normal- und Notwohnungen; ab 1956: nur Normalwohnungen 21) 1950: Normal- und Notbau; ab 1956: Normalbau 22) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 23) 1959 = vorläufige Zahlen 24) Monatsangaben 1958/59 = vorläufige Zahlen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1958	1958/59			1959/60				
		Monats-Durchschnitt			Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
nodi: VERKEHR											
Nord-Ostsee-Kanal ²⁵⁾											
Schiffsverkehr											
Schiffe		3 939	5 645	6 223	5 693	5 182	6 962	6 171	6 048	...	
darunter											
deutsche	%	64,0	65,5	64,1	63,5	67,1	65,6	63,6	63,7	...	
Raumgehalt	1000 NRT	1 481	2 795	3 195	3 068	2 741	3 398	3 371	3 509	...	
darunter											
deutscher Anteil	%	23,3	30,3	31,3	27,6	29,7	30,8	28,0	26,0	...	
Güterverkehr											
Gesamtverkehr	1000 t	2 492	3 840	4 511	4 466	3 692	4 824	4 989	5 163	...	
und zwar											
auf deutschen Schiffen	%	20,1	32,6	34,0	30,7	32,9	33,2	30,0	28,7	...	
Richtung West-Ost	1000 t	1 122	1 906	1 964	2 247	1 860	2 421	2 599	2 844	...	
Richtung Ost-West	1000 t	1 371	1 935	2 548	2 219	1 832	2 403	2 390	2 319	...	
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge											
*insgesamt		1 244	3 262	2 550	2 670	2 132	3 886	2 947	
darunter											
*Kraftträder (einschl. Motorroller)		449	227	49	30	94	52	
*Personenkraftwagen		398	2 107	1 740	1 922	1 547	2 764	2 054	
*Kombinationskraftwagen		.	175	153	139	131	178	165	
*Lastkraftwagen		247	293	279	283	192	313	286	
Straßenverkehrsunfälle											
*Unfälle insgesamt		826	2 513	2 484	2 869	2 337	3 097	2 679	
davon											
*mit Personenschaden		417	918	891	903	590	1 179	935	
nur mit Sachschaden		409	1 595	1 593	1 966	1 747	1 918	1 744	
*Getötete Personen (26)		17	40	56	72	20	73	56	
*Verletzte Personen		493	1 130	1 056	1 108	724	1 474	1 151	
Fremdenverkehr ²⁷⁾											
*Fremdenmeldungen	1000	44 ^h	112 ^h	56	43	49	81	61	47	...	
darunter											
*Auslandsgäste	1000	2 ^h	15 ^h	5	5	4	10	6	5	...	
*Fremdenübernachtungen	1000	221 ^h	681 ^h	186	143	160	280	197	153	...	
darunter											
*Auslandsgäste	1000	5 ^h	33 ^h	9	9	8	17	11	8	...	
GELD UND KREDIT											
Kreditinstitute (ohne LZB) ²⁸⁾											
*Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	741 ⁱ	3 105 ⁱ	3 078	3 105	3 114	3 531	3 584	
davon											
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM	441 ⁱ	939 ⁱ	928	939	929	1 014	1 009	
darunter											
*an Wirtschaft und Private	Mill. DM	428 ⁱ	928 ⁱ	920	928	922	1 006	1 001	
*Mittel- und langfristige Kredite	Mill. DM	299 ⁱ	2 165 ⁱ	2 149	2 165	2 185	2 517	2 575	
darunter											
*an Wirtschaft und Private	Mill. DM	263 ⁱ	1 864 ⁱ	1 852	1 864	1 878	2 167	2 212	
*Einlagen von Nichtbanken (28)	Mill. DM	408 ⁱ	2 067 ⁱ	2 037	2 067	2 122	2 388	2 416	
davon											
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM	277 ⁱ	1 012 ⁱ	1 013	1 012	1 039	1 147	1 159	
darunter											
*von Wirtschaft und Privaten	Mill. DM	231 ⁱ	837 ⁱ	844	837	835	936	922	
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM	131 ⁱ	1 054 ⁱ	1 024	1 054	1 083	1 241	1 257	
darunter											
*bei Sparkassen	Mill. DM	94 ⁱ	706 ⁱ	685	706	726	833	843	864	...	
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	9	57	52	121	71	63	62	
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	7	41	46	88	60	41	46	
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		23	9	8	6	6	5	10	10	...	
*Vergleichsverfahren (eröffnete)		8	2	1	2	2	3	-	2	...	
Wechselproteste											
Anzahl		682	636	632	746	713	702	651	
Wert	1000 DM	517	465	562	584	530	491	329	
STEUERN ²⁹⁾											
*Landessteuern ³⁰⁾	1000 DM	14 273	45 375	42 453	79 774	44 520	38 743	39 505	96 315	...	
darunter											
*Lohnsteuer	1000 DM	3 467	14 013	16 623	11 287	19 647	20 836	17 862	18 506	...	
*Veranlagte Einkommensteuer	1000 DM	6 264	15 925	7 526	39 684	14 016	9 343	9 937	54 164	...	
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1000 DM	69	428	86	532	706	216	99	537	...	
*Körperschaftsteuer	1000 DM	1 760	7 322	8 800	21 554	3 146	738	1 424	15 955	...	
*Vermögensteuer	1000 DM	268	1 463	3 740	659	408	330	4 014	455	...	
*Kraftfahrzeugsteuer	1000 DM	1 210	3 596	3 259	3 630	3 955	4 193	3 468	3 886	...	
*Biersteuer	1000 DM	248	420	469	397	326	627	495	462	...	

25) ab 1956 ohne "Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe" 26) seit 1953 einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 27) ab April 1959 vorläufige Zahlen 28) Monatszahlen: Bestand am Ende des Berichtszeitraumes 29) Rechnungsjahr 30) einschl. des an den Bund abzuführenden Anteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer h) 1950: Angaben aus 110 Fremdenverkehrsgemeinden (1. Vierteljahr geschätzt); für das Sommerhalbjahr (April - September) Mts. -Ø 61 000 Fremdenmeldungen mit 377 000 Übernachtungen. Ab 1955: Angaben aus 165 Fremdenverkehrsgemeinden; für das Sommerhalbjahr 1958 Mts. -Ø 168 000 Fremdenmeldungen mit 1 186 000 Übernachtungen, für das Sommerhalbjahr 1959 Mts. -Ø 188 000 Fremdenmeldungen mit 1 370 000 Übernachtungen i) Stand: 31. 12.

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1958	1958/59			1959/60			
		Monats-Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
noch: STEUERN										
* Bundessteuern	1000 DM	44 667	80 387	82 990	89 540	92 459	100 180	93 516	87 103	...
davon										
* Umsatzsteuer einschl. Umsatzausgleichsteuer	1000 DM	14 580	29 801	32 538	31 133	38 215	35 792	35 689	30 402	...
* Beförderungsteuer	1000 DM	281	1 034	1 049	967	1 042	1 193	1 207	1 119	...
* Zölle	1000 DM	1 381	7 838	8 338	7 743	9 459	9 859	8 360	8 034	...
* Verbrauchsteuern	1000 DM	27 474	41 359	42 568	49 474	43 360	53 079	48 157	47 394	...
darunter										
* Tabaksteuer	1000 DM	22 295	32 980	35 192	41 692	34 585	39 368	36 623	35 558	...
* Notopfer Berlin 31)	1000 DM	951	354	-1 503	224	384	157	104	154	...
außerdem										
* Lastenausgleichsabgaben 32)	1000 DM	5 569	5 396	12 416	2 622	3 220	7 494	12 438	3 828	...
Gemeindesteuern										
* Realsteuern insgesamt	1000 DM	26 416 ⁺	56 397 ⁺	.	65 332 ^j	.	.	.	70 550 ^j	...
davon										
* Grundsteuer A	1000 DM	6 231 ⁺	6 706 ⁺	.	6 834 ^j	.	.	.	6 743 ^j	...
* Grundsteuer B	1000 DM	9 320 ⁺	11 565 ⁺	.	11 840 ^j	.	.	.	11 705 ^j	...
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1000 DM	9 066 ⁺	34 011 ⁺	.	42 403 ^j	.	.	.	47 562 ^j	...
* Lohnsummensteuer	1000 DM	1 799 ⁺	4 115 ⁺	.	4 254 ^j	.	.	.	4 539 ^j	...
* Sonstige Steuern	1000 DM	3 335 ⁺	5 929 ⁺	.	6 263 ^j	.	.	.	6 268 ^j	...
PREISE										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	100	100	99	98	96	99	100	p 100	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100	100	132	132	132	132	133	134	p 132	...
Erzeugerpreise industrieller Produkte	1950=100	100	125	125	125	124	124	125	125	...
landwirtschaftlicher Produkte	1950/51=100	100 ^k	130 ^m	131	133	139	138	p 139	p 136	...
Preisindex für Wohngebäude insgesamt										
Bauleistungen am Gebäude	1954=100	.	116	117	.	.	.	p 125
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1950/51=100	100 ^k	128 ^m	126	128	129	130	131	p 131	...
Einzelhandelspreise	1950=100	100	111	111	111	112	113	113
Preisindex für die Lebenshaltung 33)	1950=100	100	119	119	119	119	123	123	123	...
darunter										
Ernährung	100	126	124	125	125	131	133	132
Wohnung	100	120	121	121	122	123	123	123
Heizung und Beleuchtung	100	143	145	145	145	146	146	146
Bekleidung	100	104	104	104	104	106	106	106
Hausrat	100	112	112	112	112	112	112	112
LOHNE UND GEHÄLTER 34)										
Arbeiterverdienste in der Industrie 35)										
Bruttowochenverdienste										
* männlich	DM	64,16	116,69	118,98	.	.	.	124,98	.	.
darunter										
Facharbeiter	DM	66,90	124,34	126,53	.	.	.	133,58	.	.
* weiblich	DM	37,09	67,56	69,99	.	.	.	75,32	.	.
Bruttostundenverdienste										
* männlich	Pf	130,4	243,5	247,5	.	.	.	265,5	.	.
darunter										
Facharbeiter	Pf	139,8	258,6	262,5	.	.	.	281,2	.	.
* weiblich	Pf	80,8	152,9	157,4	.	.	.	168,8	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
* männlich	Std	49,2	47,9	48,1	.	.	.	47,1	.	.
* weiblich	Std	45,9	44,2	44,5	.	.	.	44,6	.	.
Geleistete Wochenarbeitszeit										
* männlich	Std	.	44,5	45,5	.	.	.	44,6	.	.
* weiblich	Std	.	41,4	42,2	.	.	.	42,2	.	.
Angestelltenverdienste										
Bruttomonatsverdienste in der Industrie 35)										
kaufmännische Angestellte										
* männlich	DM	.	588	599	.	.	.	644	.	.
* weiblich	DM	.	382	392	.	.	.	414	.	.
technische Angestellte										
* männlich	DM	.	697	703	.	.	.	747	.	.
* weiblich	DM	.	403	412	.	.	.	438	.	.
im Handel 36)										
kaufmännische Angestellte										
* männlich	DM	.	540	550	.	.	.	588	.	.
* weiblich	DM	.	331	334	.	.	.	355	.	.
in Industrie und Handel zusammen										
kaufmännische Angestellte										
* männlich	DM	.	554	565	.	.	.	605	.	.
* weiblich	DM	.	347	352	.	.	.	372	.	.
technische Angestellte										
* männlich	DM	.	685	692	.	.	.	740	.	.
* weiblich	DM	.	391	402	.	.	.	430	.	.

+ = Vierteljahresdurchschnitt

31) ohne Abgabe auf Postsendungen 32) 1950: nur Soforthilfe-Abgaben 33) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltungen; mittlere Verbrauchergruppe mit monatlich rund 300 DM Lebenshaltungsausgaben bzw. 360 DM Haushaltseinnahmen 34) Effektivverdienste; Zahlen ab 1957 wegen methodischer Umstellung mit früheren Ergebnissen nicht ohne weiteres vergleichbar; 1950 und 1958 Durchschnitte aus 4 Erhebungen 35) einschl. Baugewerbe 36) Handel, Geld- und Versicherungswesen j) 1. 10. - 31. 12. k) Wirtschaftsjahr 1950/51 (Juli - Juni) m) Wirtschaftsjahr 1958/59 (Juli - Juni)

Jahreszahlen

Art der Angabe	1)	Einheit	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT											
Wohnbevölkerung ²⁾ insgesamt	JD	1000	2 598	2 505	2 439	2 365	2 305	2 271	2 253	2 258	2 269
darunter Vertriebene ³⁾											
Anzahl	JD	1000	912	839	754	699	653	630	624	637	639
in % der Wohnbevölkerung ²⁾			35,1	33,5	30,9	29,5	28,3	27,8	27,7	28,2	28,2
Zugewanderte ⁴⁾											
Anzahl	JD	1000	104	101	131	131	132	132	135	139	143
in % der Wohnbevölkerung ²⁾			4,0	4,0	5,4	5,5	5,7	5,8	6,0	6,2	6,3
Beschäftigte Arbeitnehmer ⁵⁾	30. 9.	1000	650	633	653	667	683	716	741	757	772
darunter in den Wirtschaftsbereichen											
Land- und Forstwirtschaft	30. 9.	1000	104	97	95	92	88	86	81	78	72
Industrie und Handwerk (einschl. Bau)	30. 9.	1000	260	249	264	279	294	318	334	346	355
Handel und Verkehr	30. 9.	1000	121	123	130	134	140	148	158	163	171
Arbeitslose insgesamt											
Anzahl	30. 9.	1000	178	157	119	90	75	57	45	34	27
je 100 Arbeitnehmer	30. 9.		21,5	19,9	15,4	11,9	9,9	7,4	5,7	4,3	3,4
darunter Dauerarbeitslose ⁶⁾	30. 9.	1000	58	72	58	44	35 ^a	16 ^a	17 ^a	9 ^a	6 ^a
UNTERRICHT, BILDUNG UND KULTUR											
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen ⁷⁾⁸⁾											
Anzahl	1. 5.	1000	467	436	407	384	359	346	330	317	308
je 1 000 Einwohner	1. 5.		177	172	165	160	154	151	145	141	136
VOLKSEINKOMMEN											
Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten ⁹⁾	JS	Mill. DM	2 921	3 329	3 533	3 751	4 012	4 473	4 952	p5454	p5743 ^b
je Einwohner		DM	1 128	1 328	1 450	1 586	1 741	1 971	2 198	p2415	p2531 ^b
INDUSTRIE¹⁰⁾											
Beschäftigte											
Anzahl	JD	1000	109	115	119	126	136	148	158	164	164
je 1 000 Einwohner			42	46	48	53	58	64	70	73	72
Löhne (Bruttosumme)	JS	Mill. DM	245	301	334	378	424	488	534	581	638
Gehälter (Bruttosumme)	JS	Mill. DM	68	80	92	103	117	134	156	173	197
Umsatz ¹¹⁾	JS	Mill. DM	2 416	3 054	3 212	3 371	3 747	4 223	4 840	5 363	5 744
darunter Auslandsumsatz	JS	Mill. DM	115	258	322	363	551	581	627	766	782
Index der industriellen Produktion einschl. Energie und Bau		1950=100	100	115	123	141	163	182	197	214	224
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN											
Baufertigstellungen											
Wohnungen ¹²⁾											
Anzahl	JS	1000	17,7	20,2	17,9	20,7	19,9	18,3	23,0	21,8	18,4
je 1 000 Einwohner			6,9	8,1	7,4	8,8	8,6	8,0	10,1	9,7	8,1
Anteil des sozialen Wohnungsbaues	JS	%	.	.	.	70,8	67,1	56,4	58,7	63,2	49,5
Wohnräume ¹³⁾											
Anzahl	JS	1000	59,1	69,5	60,5	69,4	69,9	67,9	83,9	79,5	72,8
je 1 000 Einwohner			23,1	27,9	25,0	29,6	30,3	29,8	37,0	35,3	32,0
HANDEL											
Index der Einzelhandelsumsätze insgesamt		1957=100	100	106
Ausfuhr	JS	Mill. DM	86,9	232,6	314,2	374,6	509,5	580,9	719,3	775,5	p811,9
in % des Bundes			1,0	1,6	1,9	2,0	2,3	2,3	2,3	2,2	p 2,2
VERKEHR											
Kraftfahrzeugbestand											
Kraftfahrzeuge insgesamt	1. 7.	1000	66 ^c	88 ^c	112	139	167	188	204	225	246
darunter Krafträder	1. 7.	1000	22 ^c	31 ^c	41	52	63	70	72	73	69
Pkw ¹⁴⁾	1. 7.	1000	20 ^c	27 ^c	34	42	54	65	75	92	113
Lkw	1. 7.	1000	16 ^c	19 ^c	23	26	28	28	27	28	28
ÖFFENTLICHE FORSORGE¹⁵⁾											
Lfd. unterstützte Personen insgesamt	31. 3.	1000	114,6	85,1	69,0	72,7	73,3	70,5	61,2	72,5	64,9
je 1 000 Einwohner	31. 3.		43,4	33,5	27,9	30,2	31,4	30,7	27,1	32,2	28,7
Gesamt-Aufwand	Rj. (JS)	Mill. DM	62,0	64,4	66,0	73,5	77,1	73,4	83,1	85,6	90,7
je Einwohner	"	DM	24	26	27	31	33	32	37	38	40
STEUERN											
Bundessteuern	Rj. (JS)	Mill. DM	536	617	682	647	645	775	864	909	965
je Einwohner	"	DM	210	248	277	271	277	338	380	403	425
Landessteuern ¹⁶⁾	"	Mill. DM	171	251	329	345	366	347	414	456	544
je Einwohner	"	DM	67	101	134	145	158	152	182	202	240
Gemeindesteuern	"	Mill. DM	119	140	158	170	183	192	209	222	249
je Einwohner	"	DM	47	56	64	71	79	84	93	98	110

1) JD = Jahresdurchschnitt, JS = Jahressumme, Stand = Stichtag (Monat), Rj. = Rechnungsjahr 2) 1950 bis 1955: berechnet auf Grund der zurückgeschriebenen Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956; 1956: berechnet auf Grund der ab 25. 9. 1956 zurückgeschriebenen und ab 26. 9. 1956 fortgeschriebenen Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956; 1957 und 1958: berechnet auf Grund der fortgeschriebenen Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956 3) 1950 und 1951: Inhaber von Landesflüchtlingsausweisen A, ab 1952: wie Anmerkung 1, Tabelle Monats- und Vierteljahreszahlen 4) 1950 und 1951: Inhaber von Landesflüchtlingsausweisen B 1, ab 1952 wie Anmerkung 2, Tabelle Monats- und Vierteljahreszahlen 5) Arbeiter, Angestellte und Beamte 6) über 52 Wochen in der Alti Unterstützte 7) Stand 1950 - 1952: 15. 5., 1958: 2. 5. 8) ohne Minderheitsschulen 9) von Scheingewinnen bzw. -verlusten nicht bereinigt 10) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten) 11) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 12) 1950 - 1951: Normal- und Notbau, 1952 - 1958: Normalbau 13) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 14) einschl. Kombinations- und Krankenkraftwagen 15) einschl. Tbc-Hilfe 16) einschl. des an den Bund abzuführenden Anteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer
a) Stand: 31. 8. b) von Scheingewinnen bzw. -verlusten bereinigt c) im Verkehr befindliche Kraftfahrzeuge

KREISZAHLEN

Kreisfreie Städte und Landkreise	Wohnbevölkerung ¹⁾ am 31. 10. 1959				Industrie ⁴⁾		
	insgesamt	darunter Vertriebene ²⁾		Veränderung in % gegenüber Volkszählung		Beschäftigte am 31. 12. 1959	Umsatz ⁵⁾ in Mill. DM im Dez. 1959
		Anzahl	in %	1939 ³⁾	1950 ³⁾		
Flensburg	96 805	23 658	24	+ 37	- 6	7 243	32,3
Kiel	268 918	59 011	22	- 2	+ 4	33 143	110,5
Lübeck	231 503	75 089	32	+ 50	- 3	34 062	82,1
Neumünster	72 942	20 739	28	+ 35	- 1	11 626	21,1
Eckernförde	65 414	20 405	31	+ 55	- 23	1 577	4,5
Eiderstedt	19 172	3 613	19	+ 27	- 27	349	1,4
Eutin	89 058	31 062	35	+ 73	- 17	3 516	12,2
Flensburg-Land	63 424	14 119	22	+ 42	- 20	688	1,6
Hzgt. Lauenburg	130 116	45 775	35	+ 79	- 13	8 784	16,3
Husum	62 164	11 344	18	+ 31	- 21	824	1,6
Norderdithmarschen	57 826	14 513	25	+ 30	- 25	912	2,5
Oldenburg (Holstein)	78 056	23 127	30	+ 47	- 22	1 020	3,9
Pinneberg	208 229	65 303	31	+ 87	+ 4	18 571	71,6
Plön	108 181	29 917	28	+ 60	- 13	1 651	8,3
Rendsburg	155 822	43 157	28	+ 59	- 15	9 277	30,2
Schleswig	98 451	22 097	22	+ 27	- 23	3 470	25,5
Segeberg	92 180	28 702	31	+ 72	- 17	4 151	11,8
Steinburg	122 669	36 074	29	+ 42	- 21	9 037	29,8
Stormarn	137 938	45 857	33	+ 103	- 6	6 904	76,8
Süderdithmarschen	72 333	17 306	24	+ 34	- 26	4 469	37,0
Südtondern	58 248	10 859	19	+ 26	- 19	1 213	3,0
Schleswig-Holstein	2 289 449	641 727	28	+ 44	- 12	162 487	583,9

Kreisfreie Städte und Landkreise	Baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben im 4. Vj. 1959						Einnahmen aus Gemeindesteuern vom 1. bis 3. Rvj. 1959			
	Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude ⁶⁾		Umbauter Raum in allen ganzen Gebäuden ⁶⁾		Wohnungen		insgesamt in 1 000 DM	darunter Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital und Lohnsumme		
	insgesamt	darunter für Wohngebäude	insgesamt	darunter in Wohngebäuden	insgesamt	darunter in ganzen Wohngebäuden ⁶⁾		in 1 000 DM	je Einwohner	
							in DM		Veränderung in % gegenüber 1.-3. Rvj. 1958	
Flensburg	13 837	7 512	189	108	380	361	10 259	7 481	78	+ 39
Kiel	17 806	11 965	262	168	513	484	36 773	27 740	104	+ 33
Lübeck	31 351	21 548	521	344	1 145	1 113	37 327	28 330	123	+ 28
Neumünster	4 723	3 003	89	45	155	150	9 071	6 543	89	+ 22
Eckernförde	6 867	5 493	126	91	260	228	3 683	1 656	25	+ 23
Eiderstedt	414	211	7	3	9	7	1 606	540	28	+ 46
Eutin	3 209	1 513	52	22	71	55	7 123	3 751	42	+ 42
Flensburg-Land	2 798	2 403	53	35	120	112	3 004	1 206	19	+ 30
Hzgt. Lauenburg	11 968	7 793	226	121	370	323	9 719	5 790	45	+ 23
Husum	6 921	4 303	152	75	154	131	4 218	2 087	34	+ 48
Norderdithmarschen	3 193	2 854	52	39	122	106	4 357	2 091	36	+ 43
Oldenburg (Holstein)	4 023	1 543	59	22	66	58	5 944	2 830	37	+ 40
Pinneberg	44 404	31 523	749	446	1 376	1 286	19 558	13 938	68	+ 28
Plön	11 814	7 556	193	113	368	308	6 521	3 048	28	+ 39
Rendsburg	16 111	11 652	254	164	462	440	11 383	6 946	45	+ 36
Schleswig	5 547	4 460	106	73	174	154	6 344	3 366	34	+ 33
Segeberg	7 031	5 746	122	88	265	229	5 537	2 554	28	+ 9
Steinburg	10 632	9 582	163	136	393	372	11 213	7 467	61	+ 39
Stormarn	17 395	14 227	281	202	561	487	14 687	10 667	79	+ 64
Süderdithmarschen	5 838	4 415	97	63	219	196	6 062	3 458	48	+ 45
Südtondern	9 183	7 805	147	118	294	267	4 905	2 762	47	+ 16
Schleswig-Holstein	235 065	167 107	3 900	2 476	7 477	6 867	219 294	144 251	63	+ 34

1) nach den Ergebnissen der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956 fortgeschrieben 2) Vertriebene sind Deutsche, die am 1. 9. 1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31. 12. 1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 3) nach dem Gebietsstand vom 31. 10. 1959 4) nach den Ergebnissen der monatlichen Industrieberichterstattung (im allgemeinen Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten) 5) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 6) Neubau und Wiederaufbau

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM BUND*

Bezeichnung	Zeit Stand	Bund	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Würtbg.	Bayern	Saar- land
Bevölkerung												
Fortgeschriebene Wohnbevölkerung ¹ in 1000	30.9.1959	52 959	2 289	1 820	6 536	687	15 618	4 692	3 375	7 536	9 350	1 056
darunter Vertriebene ² in % der jew. Wohnbevölkerung	"	.	28	14	26	16	16	19	9	18	19	.
Zugewanderte ³ in % der jew. Wohnbevölkerung	"	.	7	9	7	8	7	7	5	6	4	.
Veränderung in % 30.9.1959 gegenüber VZ 1939	"	+ 32	+ 44	+ 6	+ 44	+ 22	+ 31	+ 35	+ 14	+ 38	+ 32	+ 19
30.9.1959 " 31.12.1950 ⁴	"	+ 10	- 10	+ 15	- 3	+ 24	+ 19	+ 10	+ 13	+ 18	+ 3	+ 11
Bevölkerungsdichte ⁵ , Einwohner je qkm	"	214	146	2 436	138	1 702	460	222	170	211	133	411
Unterricht, Bildung und Kultur												
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen in 1000	Mai 1957 ⁶	6 024 ^a	323	204	816	81	1 744	556	388	814	1 097	.
je 1000 Einwohner	"	119 ^a	143	115	126	123	116	122	118	112	120	.
Arbeit												
Beschäftigte Arbeitnehmer ⁷ in 1000	31.12.1959	19 852	745	801	2 311	285	6 398	1 684	1 113	2 923	3 245	347
Arbeitslose in 1000	31.12.1959	443	41	9	94	6	79	26	32	13	140	3
je 100 Arbeitnehmer ⁸	"	2,2	5,2	1,1	3,9	2,1	1,2	1,5	2,8	0,4	4,1	0,7
Arbeitslose Vertriebene in % aller Arbeitslosen des betr. Landes	"	18,3	28,8	7,5	25,0	8,3	10,1	18,8	7,4	21,3	18,9	5,3
Volkseinkommen⁹												
Netto-Inlandsprodukt zu Faktorkosten in Mill. DM	1957	161 335 ^a	5 454	9 022	17 740	2 929	55 613	13 903	8 218	23 440	25 017	.
1958 ¹⁰	169 300 ^a	5 743	9 531	18 691	3 021	57 511	14 796	8 542	25 171	26 294	.	
in DM je Einwohner	1957	3 197 ^a	2 415	5 089	2 735	4 472	3 698	3 041	2 498	3 239	2 732	.
1958 ¹⁰	3 311 ^a	2 531	5 304	2 874	4 504	3 753	3 199	2 562	3 416	2 848	.	
Landwirtschaft												
Gemüserate in 1000 t	1959	891	215	44	109	2	199	44	59	122	90	6
in kg je Einwohner	"	16,8	94,1	24,1	16,7	2,2	12,8	9,4	17,6	16,2	9,6	5,4
Erzeugung von Kuhmilch in 1000 t	Nov. 1959	1 303	107	2	220	2	186	88	65	195	430	8
in kg je Kuh und Tag	"	7,8	8,4	7,7	7,5	8,1	7,9	7,4	6,6	7,5	8,1	7,1
Industrie												
Beschäftigte ¹¹ in 1000	31.10.1959	7 601	167	231	681	108	2 788	621	347	1 349	1 135	174
je 1000 Einwohner	"	144	73	127	104	156	179	132	103	179	121	165
Umsatz ¹¹ insgesamt in Mill. DM	Okt. 1959	21 326	513	1 109	2 146	404	8 017	1 550	953	3 497	2 573	364
darunter Auslandsumsatz in Mill. DM	"	3 165	40	139	386	77	1 141	298	157	497	291	139
Produktionsindex ¹² (arbeitsmäßig; 1950 = 100)	"	p 242	251	p 232	269	267	.	.	.	257	246	.
Bauwirtschaft⁹ und Wohnungswesen												
Beschäftigte in 1000	31.10.1959	1 404	62	48	181	21	409	116	80	201	252	33
je 1000 Einwohner	"	26,5	27,1	25,4	27,7	30,7	26,2	24,8	23,8	26,7	26,9	31,6
Geleistete Arbeitsstunden insgesamt in Mill. je Einwohner	Okt. 1959	238	11	8	31	4	69	19	14	34	42	6
"	"	4,5	4,7	4,6	4,8	5,4	4,4	4,1	4,1	4,5	4,5	5,3
Zum Bau genehmigte Wohnungen ¹⁴ Anzahl	Nov. 1959	50 451	3 124	3 887	5 621	560	14 136	4 424	2 249	7 982	7 695	773
je 10 000 Einwohner	"	9,5	13,6	21,4	8,6	8,1	9,1	9,4	6,7	10,6	8,2	7,3
Fertiggestellte Wohnungen (Normalwohnungen) Anzahl	"	56 548	2 342	2 898	5 733	1 555	17 942	2 074	3 465	8 020	11 796	723
je 10 000 Einwohner	"	10,7	10,2	15,9	8,8	22,6	11,5	4,4	10,3	10,6	12,6	6,8
Ausfuhr												
Ausfuhr insgesamt in Mill. DM ⁹	Okt. 1959	3 832 ^b	89	221	355	65	1 300	346	172	579	387	158
Verkehr												
Strassenverkehrsunfälle ⁹ insgesamt	3. Vj. 1959	225 360	9 731	12 154	24 041	3 592	64 166	21 753	14 443	32 090	39 559	3 831
je 10 000 Einwohner	"	43	43	67	37	52	41	46	43	43	42	36
Getötete Personen Anzahl	"	3 872	137	58	548	23	1 043	315	334	551	801	62
je 1000 Unfälle	"	17	14	5	23	6	15	14	23	17	20	16
Steuern												
Steueraufkommen je Einwohner in DM	2. Vj. 1959	111 ^a	73	235	87	157	128	121	69	116	87	.
Landessteuern ¹⁵	"	115 ^a	124	463	87	271	121	82	88	102	82	.
Bundessteuern ¹⁶	"	40 ^a	32	60	34	53	46	39	33	42	32	.
Gemeindesteuern	"	40 ^a	32	60	34	53	46	39	33	42	32	.
Geld und Kredit												
Bestand an Spareinlagen je Einwohner in DM	30.11.1959	754 ^a	549	1 074	701	872	801	743	657	772	715	.

*) ohne Berlin (West)

1) nach den Ergebnissen der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956 2) Vertriebene sind Deutsche, die am 1.9.1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 3) Zugewanderte sind Deutsche, die am 1.9.1939 in Berlin oder der sowjetischen Besatzungszone gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 4) berechnet auf die rückwirkend berichtete Bevölkerungszahl auf Grund der Ergebnisse der Bevölkerungszählung im Rahmen der Wohnungsstatistik 1956 5) Gebietsstand: 31.12.1958 6) Bayern: 1. Oktober 1957 7) Arbeiter, Angestellte und Beamte 8) Beschäftigte und Arbeitslose 9) vorläufige Zahlen 10) von Scheingerinnen bzw. -verlusten bereinigt 11) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft 12) Gesamtindex (ohne Bau) 13) nach den Ergebnissen der Totalerhebung (hochgerechnet) 14) in baupolitisch genehmigten Bauvorhaben (Normalbau) 15) einschl. des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer (35% im Rechnungsjahr 1959) 16) einschl. Notopfer Berlin a) ohne Saarland b) einschl. der aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) ausgeführten Waren, die in anderen als den nachstehend genannten Ländern hergestellt oder gewonnen wurden (z.B. Rückwaren) oder deren Herstellungsland nicht festgestellt werden konnte. Vom Berichtsmontat Januar 1956 an auch einschl. Ersatzlieferungen

In den Statistischen Monatsheften
bisher erschienene Aufsätze und Kurzberichte:

Heft 1/1960

Verdienste in Industrie und Handel

Bilanzbild

Vermögensteuer

Bevölkerungsstand Ende 1958

Struktur der Studentenschaft 1948/1958

Industrie-Kleinbetriebe

Konsumgenossenschaften

Öffentliche Jugendhilfe

Ehelösungen

Neu erschienen:

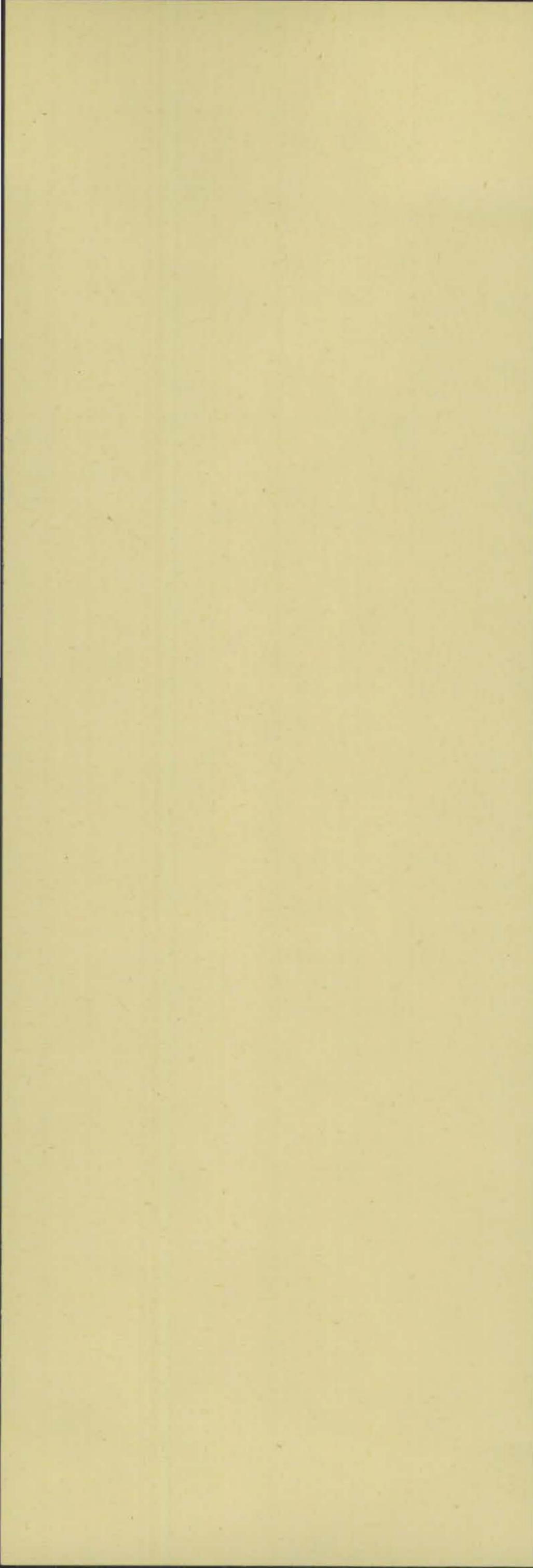
Statistische Berichte

A 1 2 „Wohnbevölkerung der Gemeinden
in Schleswig-Holstein am 30. 6. 1959“

74 Seiten

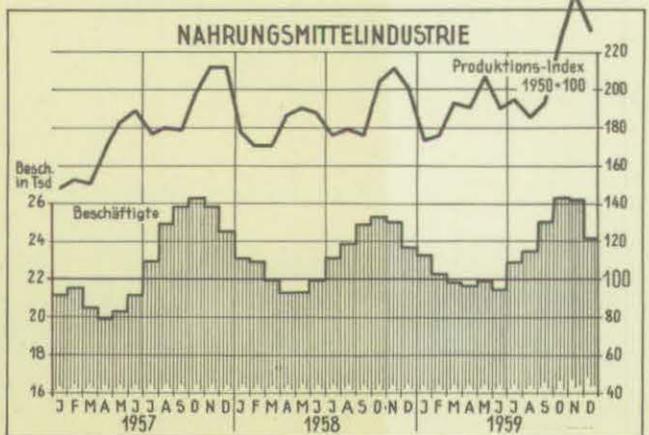
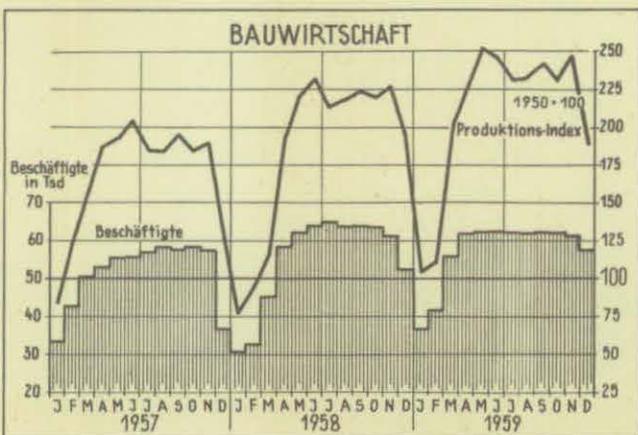
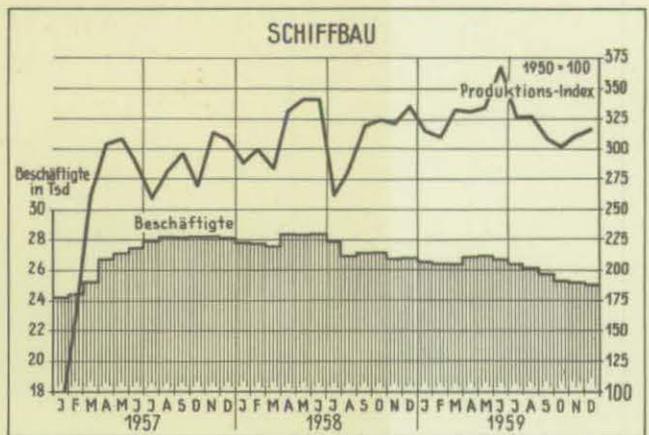
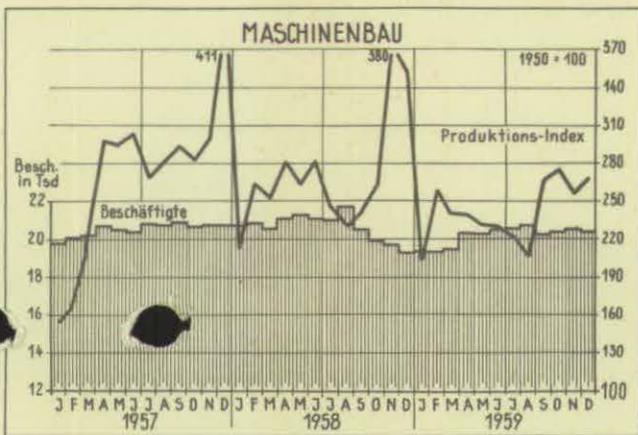
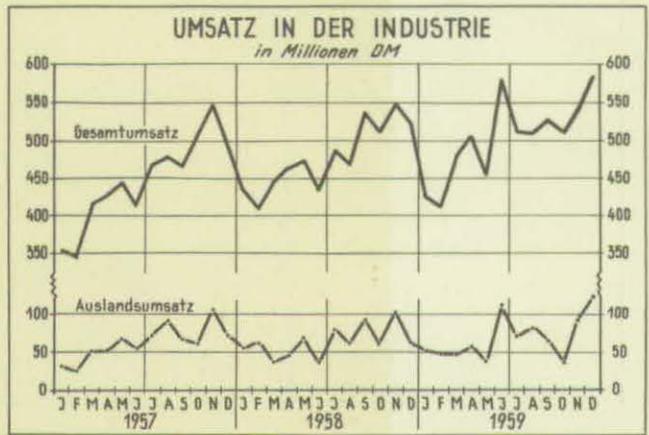
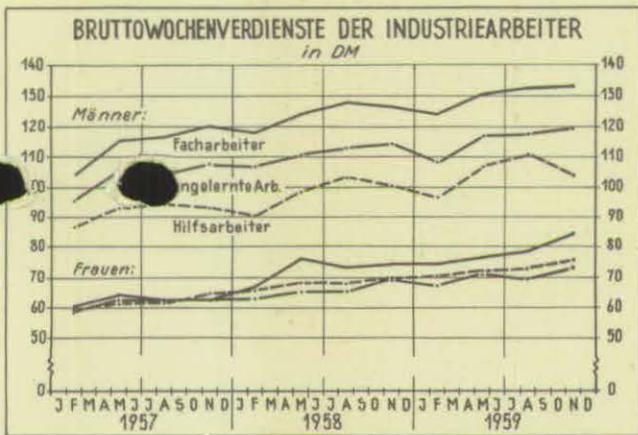
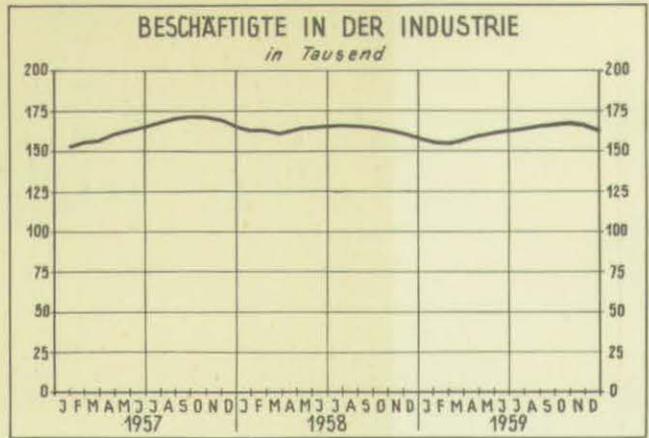
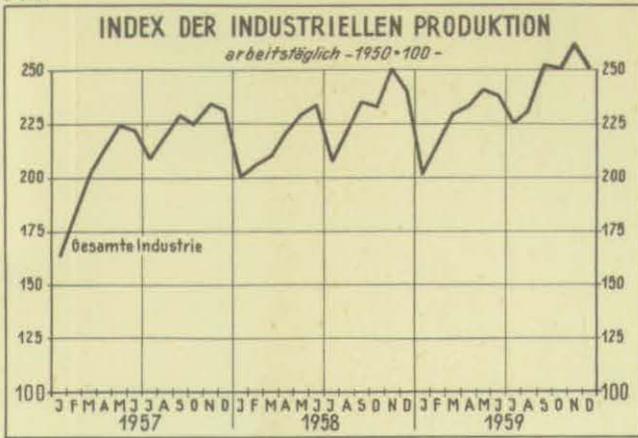
B III 3 „Endgültiges Ergebnis der Gemeinde-
und Kreiswahlen in Schleswig-Holstein
am 25. Oktober 1959“

52 Seiten

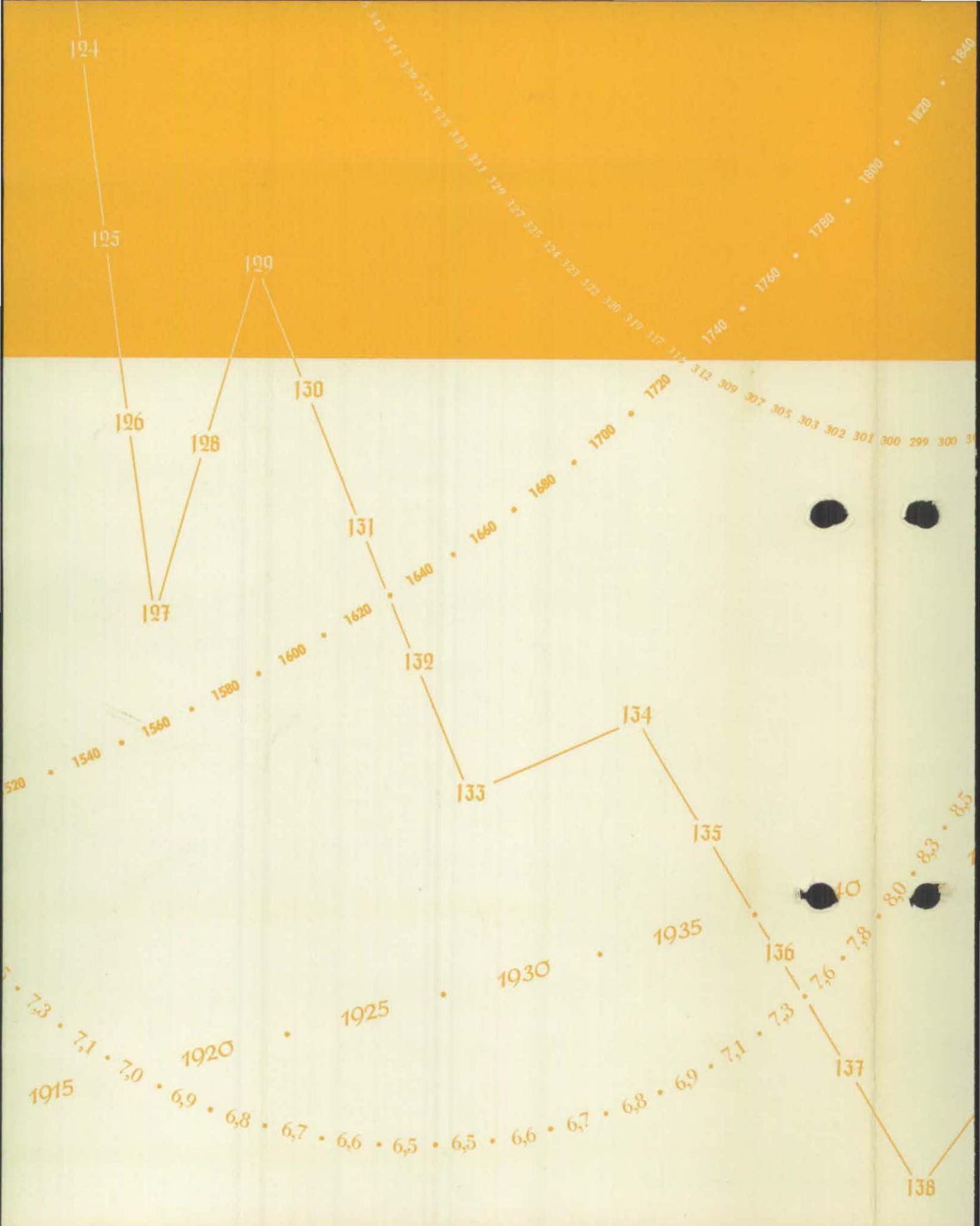


SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B*

D-2682



*) Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen in monatlichem Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerungsentwicklung (insgesamt und monatlich); Beschäftigte Arbeitnehmer; Arbeitslose; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen; Straßenverkehrsunfälle.



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 43602
 Schriftleitung: Dipl.-Psych. Heinemann. Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel
 Bezugspreis: Einzelheft 2,- DM, Vierteljahresbezug 5,- DM, Jahresbezug 15,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke, Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen